

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 114 SONNTAG, 18. August 1935

Aus dem Inhalt:

Die Bedeutung der Emigration
Gestapo und „Neuer Vorwärts“
Die Danziger Kapitulation
Frankreich in Gärung

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Sozialdemokratische Terror-Opfer

Fünf Monate brauner Terror-Justiz

Wir veröffentlichen im folgenden Berichte über Verurteilungen von Sozialdemokraten in den letzten fünf Monaten. Alle Verurteilungen sind wegen illegaler Arbeit erfolgt. Diese Berichte umfassen nicht die zahllosen kleineren Prozesse vor Sondergerichten, in denen sich der Terror gegen bloße Meinungsäußerungen, Kritiken in Gesprächen, kritischen Bemerkungen und sonstige Bekundung oppositioneller Gesinnung auswirkt. Wir fügen hinzu, daß eine große Anzahl von Sozialdemokraten in Untersuchungshaft, Schutzhaft, Konzentrationslagern gefangen gehalten wird. Eben geht wieder eine Verhaftungswelle über das Reich, bei der die Gestapo wahllos zugreift. Es genügt zur Verhaftung, daß einer früher Sozialdemokrat war.

Wir stellen einen Prozeß aus Baden voran, über den in der Nazipresse mitgeteilt wurde, daß die Angeklagten »die aus dem Ausland stammende kommunistische Hetzschrift »Sozialistische Aktion« zur Weiterverbreitung aufbewahrt hätten.« Selbstverständlich wissen die deutschen Zeitungen genau so gut wie die Richter und Staatsanwälte, daß die »Sozialistische Aktion« nicht eine »kommunistische Hetzschrift«, sondern die Kampfzeitung der illegalen deutschen Sozialdemokraten ist. An diesem Beispiel zeigt sich die vom Regime seit langem getriebene Methode, jede sozialistische Opposition als »unterirdische Wühlerei der Kommunisten« zu bezeichnen. Auf diese Weise soll der Kommunistenschreck, der dem System so nützliche Dienste leistet, immer wieder von neuem Nahrung erhalten.

Die Sozialdemokraten Emil und Eugen Stern, Karlsruhe, wurden von der Großen Strafkammer Karlsruhe wegen Verbreitung hochverräterischer Schriften zu einem Jahr, bzw. zu sieben Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt.

Der Sozialdemokrat Adam H. aus Speyer erhielt wegen Weitergabe eines Exemplars der »Sozialistischen Aktion« vier Monate Gefängnis.

Wegen des Versuchs, eine illegale sozialdemokratische Gruppe zu organisieren, wurden vom Zweiten Strafsenat des Oberlandesgerichts München Heinrich Stützel aus Landau zu zwei Jahren drei Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust, Oskar Tremmel und Friedrich Kirn aus Ludwigshafen zu je einem Jahr acht Monaten Gefängnis, Heinrich Hauptreif und vier weitere Angeklagte aus Ludwigshafen zu Gefängnisstrafen von sieben Monaten bis zu einem Jahr verurteilt.

Der Sozialdemokrat Knotbe aus Frankfurt a. Main wurde wegen illegaler Arbeit zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe verurteilte wegen Hochverrat die Sozialdemokraten Henk und Kalwie zu je 20 Monaten, Altermum zu 14, Gräber zu 12, Neureuther, Jattschott und Laler zu je 8 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Allen Verurteilten wurden fünf Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

Bayern:

Der Sozialdemokrat Umrath aus Nürnberg wurde wegen illegaler Betätigung zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von der Familie Kuhn in Schwandorf sind Vater und drei Söhne wegen illegaler Arbeit verurteilt worden. Der jüngste Sohn Otto erhielt 4½ Jahre Zuchthaus.

Westfalen:

Zwei Bielefelder Sozialdemokraten im Alter von 19 und 20 Jahren erhielten wegen angeblicher Verbreitung sozialdemokratischen illegalen Materials im Arbeitsdienstlager je vier Jahre Zuchthaus. Das Urteil stellte »vollendeten Hochverrat« fest.

Sachsen:

Der zweite Strafsenat des Oberlandesgerichts in Dresden verhandelte Ende Juni gegen eine Gruppe von 16 früheren Sozialdemokraten wegen Verbreitung illegaler Schriften. Es wurden verurteilt: Günther zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Utrott zu 4 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Rothe zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Gasch zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Fichte und Schönfeld zu je 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.

Sieben Angeklagte erhielten Zuchthaus-, bzw. Gefängnisstrafen von 1 Jahr 6 Monaten bis zu 2 Jahren 3 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen, gegen einen weiteren wurde das Verfahren eingestellt.

Das Landgericht Bautzen verurteilte die Sozialdemokraten Hermann Gustav Weinert aus Hirschfelde, Paul Richard Heppert aus Reichenau bei Zittau und Kurt Oswald Stürz aus Dittelsdorf wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 zu je drei Monaten Gefängnis.

Mitte März sind die Zwickauer Sozialdemokraten Gehlert und Frau, Schwabe, Seiler und Kummer zu 6, bzw. 12 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Das Dresdner Gericht verurteilte wegen illegaler Betätigung die Sozialdemokraten Weichold zu 1 Jahr Gefängnis, (9 Monate Untersuchungshaft angerechnet), Mund zu 18 Monaten Gefängnis, (9 Monate Untersuchungshaft angerechnet), Altmann zu 1 Jahr Gefängnis (durch Untersuchungshaft verbüßt), Rothe zu 1½ Jahr Gefängnis.

In einem zweiten Dresdner Prozeß wurden verurteilt die Sozialdemokraten: Liebert zu 2½ Jahren Zuchthaus und Palitzsch zu 1½ Jahr Gefängnis. Obwohl die Angeklagten fast 1½ Jahre in Haft gesessen haben, wurde ihnen die Untersuchungshaft nicht angerechnet. Die weiteren Angeklagten: Barthel, Schmidt, Zachow, Hase, Ganze wurden freigesprochen, aber in Schutzhaft genommen.

Hamburg:

Vor dem Oberlandesgericht in Hamburg wird seit Monaten ein Prozeß gegen 150 ehemalige Sozialdemokraten durchgeführt. Die Anklage stützt sich darauf, daß die Angeklagten versucht hätten, die sozialdemokratische Partei neu aufzubauen und daß sie gleichzeitig für die Angehörigen der im Konzentrationslager und Gefängnis sitzenden Familienväter Gelder gesammelt und verteilt hätten. Trotzdem festgestellt wurde, daß die Angeklagten aus reiner Humanität und vollkommen uneigennützig gehandelt hatten, wurden sie zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.

In der ersten Gruppe lautete das Urteil: Schmedemann 2½ Jahre Zuchthaus; Ropers 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus; Weidt 1 Jahr 10 Monate Zuchthaus; Schülmann 1½ Jahre Zuchthaus; Dr. Dietrich 1 Jahr Ge-

fängnis; Klara Hippe 7 Monate Gefängnis; Inga Dingler Freispruch. Allen Angeklagten wurden 7 Monate der Untersuchungshaft angerechnet.

In der zweiten Gruppe wurden verurteilt: Emil Welke zu 2½ Jahren Zuchthaus, Berthold Wiele zu 2½ Jahren Zuchthaus, O. Grill zu 2½ Jahren Zuchthaus, A. Schwarz zu 2½ Jahren Zuchthaus und Heinrich Wulf zu 1½ Jahren Gefängnis. 2 Angeklagte wurden freigesprochen. Diese beiden vom Gericht Freigesprochenen wurden jedoch nicht freigelassen, sondern sofort von der Geheimen Staatspolizei ins Konzentrationslager überführt.

Gegen eine dritte Gruppe lautete das Urteil wie folgt: Edm. J. 15 Monate, Karl D. 12 Monate Zuchthaus, Otto M. 8 Monate Zuchthaus, Hermann H. 8 Monate Zuchthaus, Robert H. Freispruch.

In der vierten Gruppe erhielten: Pahlke 2 Jahre Gefängnis, Schütt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Mehnke 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Anderstotterson 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Löckenwitz 1 Jahr 2 Monate Gefängnis, Griebach 10 Monate Gefängnis, Matschek 10 Monate Gefängnis, Traube wurde freigesprochen.

Bei Schütt und Pahlke wurden, da sie hartnäckig geschwiegen und zu denen gehörten, »die wohl nie eine andere Gesinnung annehmen«, nur 6 Monate der Untersuchungshaft angerechnet, bei den übrigen Angeklagten 9 Monate.

In dem Hamburger Prozeß gegen Schiefer und Genossen, der ebenfalls als ein Teil des Riesenprozesses angesehen wird, wurden verurteilt: K. Deppe zu 12 Monaten Zuchthaus, O. Moß zu 8 Monaten Zuchthaus, A. Friedrichs zu 8 Monaten Zuchthaus, H. Hammeister zu 8 Monaten Zuchthaus, R. Hüller wurde freigesprochen.

Berlin:

In Berlin wurden innerhalb eines Jahres wegen illegaler Arbeit verurteilt:

1. Prozeß, 24. Mai 1934: 23 Sozialdemokraten zu insgesamt 30 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, 17 Jahren Gefängnis.
2. Prozeß, 24. Mai 1934: 7 Sozialdemokraten zu insgesamt 27 Jahren Zuchthaus, 7 Jahren 6 Monaten Gefängnis.
3. Prozeß, 26. Mai 1934: 16 Sozialdemokraten zu insgesamt 9 Jahren 9 Monaten Zuchthaus, 20 Jahren 6 Monaten Gefängnis.
4. Prozeß, 26. Juni 1934: 7 Sozialdemokraten zu insgesamt 5 Jahren 3 Monaten Gefängnis.
5. Prozeß, 14. Juli 1934: 7 Sozialdemokraten zu insgesamt 8 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren, 9 Monaten Gefängnis.
6. Prozeß, 28. Juli 1934: 19 Sozialdemokraten zu insgesamt 6 Jahren Zuchthaus, 27 Jahren 6 Monaten Gefängnis.
7. Prozeß, 25. August 1934: 6 Sozialdemokraten zu insgesamt 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 8 Jahren 9 Monaten Gefängnis.
8. Prozeß, März 1935: 11 Sozialdemokraten zu insgesamt 8 Jahren 8 Monaten Zuchthaus, 9 Jahren 4 Monaten Gefängnis.
9. Prozeß, März 1935: 13 Sozialdemokraten zu insgesamt 16 Jahren Zuchthaus, 19 Jahren 2 Monaten Gefängnis.
10. Prozeß, April 1935: 3 Sozialdemokraten zu insgesamt 6 Jahren Zuchthaus.

Ehre den tapferen Kämpfern!

Der Balkon

Wenn die Popularität aufhört, muß der Balkon her! Daß die Massengrundlage des Systems wankt, ist hinlänglich bekannt, und also wird an der neuen Reichskanzlei in Berlin in der Höhe des ersten Stocks ein Balkon angebaut. Es ist eine Staatsnotwendigkeit. Man erfährt gleichzeitig von Anbauten in Obersalzberg, von einem Salonwagen, der bei Lincke-Hoffmann hergestellt wird, von einer weißgelben Jacht nach dem Muster der Hohenzollern.

Reden wir zunächst vom Balkon. Soll er ein Ersatz sein für angekündigte und nicht abgehaltene Volksabstimmungen? Soll er ein sichtbarer Beweis für Popularität sein — oder am Ende gar ein Magnet für jene, die ohne den Balkon nicht in die Wilhelmstraße gehen würden? Wir geben zu, das Mittel ist bescheiden. Wir wollen deshalb die Kosten nicht ansehen. Was sind auch die Kosten einiger Maurerarbeiten gegenüber den Summen, die der Aufbau der neuen Kriegsflotte verschlingt, oder — um auf dem Gebiete der Popularitätserzeugung zu bleiben — gegenüber den Kosten der Göring-Hochzeit. Es gibt gefährlichere Mittel der Popularitätshascherei als diesen Balkon! Der italienische Kollege des deutschen Diktators verfügt über genügend Fenster, Balkons und Tribünen. Er hat sie alle ausprobiert, und da die gewünschte Wirkung nicht eingetreten ist, steigt er neuerdings auf Kanonen und zeigt sich von dort aus seinem Volke. Das abessinische Abenteuer ist ganz entschieden ein kostspieligeres und bösertigeres Mittel als das von vornherein mit Lächerlichkeit behaftete Mauerwerk in der Wilhelmstraße.

Und doch — wir kommen von der Gedankenverbindung zwischen diesem Balkon und dem Reklamekrieg des Diktators nicht los. Die Leute in Berlin, die auf die gescheiterte Idee verfallen sind, an die Reichskanzlei einen Balkon anzubauen, müssen irgendeine bildhafte Vision gehabt haben. Dieser Balkon hat entschieden etwas monarchisches an sich. Ist es nicht seltsam, daß dieses Projekt gerade in den Tagen ausgeführt wird, in denen wieder einmal der Propagandafeldzug gegen die »monarchische Reaktion« geführt wird? Es ist eine monarchische Vision, die den Balkonbauern vorschwebt, es ist eine bestimmte historische Situation aus dem Kaiserreich: Wilhelm II. am 4. August 1914 auf dem Balkon des Berliner Schlosses. Oder sollten sie noch andere Träume haben: Vorbeimarsch des siegreichen Heeres nach dem nächsten Weltkrieg am Balkon in der Wilhelmstraße? Wir beschäftigen uns nicht mit der Frage, wen diese Sorte der Balkonvisionäre an diesem imaginären Zeitpunkt auf dem Balkon erblickt. Wir sagen nur ganz ruhig, und wir haben dazu unsere guten Gründe aus der Geschichte: mit dem Balkon fängt es an und mit dem Krieg hört es auf. Am 30. Januar 1933 — am Tage des großen nationalsozialistischen Taumels in der Wilhelmstraße — tat es noch das »historische Fenster«. Jetzt muß der Balkon her. Kleinigkeiten, Aeußerlichkeiten, lächerliche Propagandakunststücke eines barbarischen Systems? Aber nein! Künftige Historiker werden ganz nüchtern rechnen: am 30. Januar 1933 begann der zweite Weltkrieg.

Und nun reden wir von den anderen »Staatsnotwendigkeiten«. Es ist eine un-

Zwei neue Morde in Sicht

bestrittene Tatsache, daß die Vorbereitungsperiode der Kriege der Diktatoren für die Diktatoren selbst und ihren unmittelbaren Anhang nicht nur eine gewaltige Steigerung von Macht, sondern auch des persönlichen Reichtums bedeutet. Autoritäre Politiker, und mit ihnen die internationale diplomatische Höflichkeit, pflegen auf eine Feststellung dieser Tatsache mit Widerwillen zu reagieren. Sie fällt für sie aus dem Gebiet der Politik heraus, und es gilt für schlechten Ton, davon zu reden. So war es mit Napoleon III. und seiner Bande des 2. Dezember, so war es wieder mit Mussolini. Aber der Mann auf der Straße denkt darüber anders, und er denkt richtig. Er erfaßt instinktiv den Zusammenhang zwischen der Raffgier der Systembanden und ihrer Politik, zwischen dem zusammengeraubten Reichtum und dem Willen der Diktatoren, mit der Macht den Reichtum und den Lebensgenuß um jeden Preis zu behaupten — selbst um den Preis einer entsetzlichen Völkerkatastrophe. Wenn der Mann auf der Straße anfängt, durch den Nebel der großen Worte und der Verhüllungsideologien hindurch die einfachen Tatsachen zu sehen, wenn er gar erst anfängt, darüber nachzudenken und seine Schlüsse zu ziehen, dann fangen die Grundlagen der Macht der Diktatoren an zu wanken.

Warum wird die Massengrundlage der deutschen Diktatur immer enger, warum zerbröckelt das Prestige ihrer Spitze? Weil die Erkenntnis der moralischen Fäulnis im Untergrund des Systems immer weiter um sich greift. Der Mann auf der Straße in Deutschland hat auf dem Wege Deutschland zur Diktatur und zur Kriegsvorbereitung der Diktatoren manches erlebt. Das fing damit an, daß Hindenburg nach seiner Wahl zum Reichspräsidenten fand, daß er mit den Bezügen Friedrich Eberts nicht auskommen könne. Dann kam Neudeck und noch einiges andere, bis die Bande der Abenteurer, der Bankrotteure, der Spieler, der Entgleisten an die Macht kam und sich wie ein Heuschreckenschwarm auf die Beute stürzte. Der repräsentative Typ für sie ist Göring, der immer reicher wird, und man weiß nicht woher? Der Mann auf der Straße hat diese Beispiele vor Augen. Er sieht sie nicht nur in Berlin, sondern überall, selbst in kleinen Orten. Er erinnert sich an die nationalsozialistische Agitation von einst und vergleicht damit, was heute ist. Er sieht, wie aus Gewalt Reichtum wird, er empfindet den Kontrast zwischen der Verelendung des Volkes und der Bereicherung der Sklavhalter. Die aus dem Nichts entstandenen Vermögen, die Prachtvillen der Führer verschiedener Grade, das Gepränge, das sie entfalten, die Geschenke, die sie untereinander aus öffentlichem Vermögen ausstellen — alles »Staatsnotwendigkeiten« des Dritten Reiches. Je näher an den Krieg heran, desto toller das Treiben der Beutepolitiker. Nach uns die Sintflut!

Das ist der Hintergrund für die Kriegs-ideologie, die sie nähren! Vor den Kulissen die großen nationalistischen Phrasen, hinter den Kulissen der Hexensabbath der Korruption im größten Stil. Das Privatinteresse der diktatorischen Banden verfälscht die natürlichen politischen Entwicklungslinien der beherrschten Völker — bis aus der politischen und moralischen Anarchie das allgemeine Chaos entspringt und die Schuldigen mit schmutzigen Händen die Kriegsflagge entzündet!

Gestapound, Neuer Vorwärts

Die Behörden des Dritten Reiches bekunden ein zunehmendes Interesse am »Neuen Vorwärts«. Die Gestapo verschafft sich unsere Zeitung auf den verschiedensten Umwegen und bedient sich dazu der verschiedensten getarnten Organe. Das neueste ist, daß sie ganz dreist direkte Lieferung von uns verlangt. Wir erhielten die folgende Postkarte aus München:

MOVA
Münchener Zeitungs- und Buch-
Vertriebs-Anstalt G. m. b. H.,
München 2 BS, Postfach 321,
Fernruf 12.072, Postscheck MK 5594.

Verlag der Zeitung
»NEUER VORWÄRTS«
Karlbad (Tschechosl.)

Wir bitten zu liefern ab sofort bis auf
weiteres 1 Neuer Vorwärts
an Adresse: Landesstelle Rheinpfalz, Neu-
stadt/Haardt, Reichspostgebäude.

Die Sendungen sollen den Vermerk tra-
gen: »Füllt nicht unter das Verbot!«

Die Rechnung erbitten wir jeweils vier-
teljährlich im voraus an uns. Die Zahlung
erfolgt durch uns unmittelbar an Sie.

Von einem hervorragenden deutschen Juristen wird uns geschrieben:

Am 9. Februar 1971 wurde der Beimaunter Joseph Schmoeger zu Plötzenberg auf der gewöhnlichen Richtstätte »durch das Schwert vom Leben zum Tode hinge-richtet, weil er unter strafbarer Verletzung der diesfalls erlassenen kurfürstlichen Generalien 900—1000 Scheffel Getreide außer Landes gelassen hatte«. Wir waren einmal des Glaubens, daß die Zeiten, in denen zwischen Tat und Sühne ein so schreiendes Mißverhältnis bestehen konnte, vorüber seien. Das war ein Irrtum.

Am 25. Juli 1935 hat der Volksgerichtshof zu Berlin den Kommunisten Rudolf Claus wegen eines hochverräterischen Unternehmens zum Tode verurteilt. In Deutschland ist mit allen anderen Freiheiten auch die der Berichterstattung über politische Prozesse unterdrückt. Die Gerichtsverhandlungen werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt, und die Zeitungen dürfen darüber nur in der vom Propagandaministerium vorgeschriebenen Form berichten. Nach der offiziellen, der Presse übermittelten Darstellung war Claus Bezirkssekretär der Roten Hilfe in Halle, später in Hannover, und wurde nach der Übernahme der Macht durch Hitler Bezirksinstrukteur der Roten Hilfe im Bezirk Niedersachsen. Für seine Tätigkeit in der Reichsleitung der Roten Hilfe bezog er eine monatliche Vergütung von 300 Mark. Dieses Geld wurde der Reichsleitung neben anderen Summen von dem Europäischen Büro der Roten Hilfe in Paris regelmäßig zur Verfügung gestellt und meist durch besondere Kuriere überbracht. Das ist alles. Aber Claus war wegen führender Beteiligung am mitteldeutschen Aufstand im Jahre 1921 zu lebenslänglichem Zuchthaus und nach seiner Amnestierung im Jahre 1922 wegen eines aus politischen Beweggründen begangenen schweren Raubes zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er zum Teil verbüßt hat, bis ihn im Jahre 1928 ein neues Amnestiegesetz von dem Rest der Strafe befreite. Der Vorsitzende führte bei der Verkündung des jetzt gefällten Todesurteils aus, daß die früher von Claus begangenen Taten nicht etwa erneut abgeurteilt worden seien, sie hätten aber strafverschärfend wirken müssen. Durch seine Taten und seine Vorstrafen habe der Angeklagte bewiesen, daß bei seiner ausgeprägten asozialen Gesinnung mit einer Besserung nicht mehr zu rechnen sei. Es war daher für den Staat keine andere als die höchste Strafe gegeben. Hier ist mit klaren Worten zugestanden, daß der Grund der Streichung des Angeklagten aus den Reihen der Lebenden nur in seinen früheren Taten liegt, zu deren nochmaliger Sühnung das Gericht sich selbst die Befugnis abspricht, die es aber gleichwohl sich anmaßt. Die Verwahrung des Gerichts beweist lediglich, daß es sich der Ungeheuerlichkeit seines Tuns voll bewußt war. Daß der Erlaß der Amnestiegesetzte, von denen Claus profitiert hat und die jetzt zu seinem Nachteil rückwirkend aufgehoben sind, von keiner Partei so eifrig betrieben worden ist, wie von der nationalsozialistischen, sei nur nebenbei erwähnt. Wollte sie ihre wegen schwersten Verbrechen in Zuchthäusern und Gefängnissen sitzenden Parteigenossen befreien, so war sie auf die Hilfe der kommunistischen Reichstagsfraktion angewiesen. Diese aber

erhielt sie nur unter der Bedingung der Gegenseitigkeit. So schenkte sie leichten Herzens vielen in Strafanstalten befindlichen Kommunisten, u. a. Claus, die Freiheit. Von Entrüstung über seine Taten war ihr damals nichts anzumerken.

Die nationalsozialistische Presse versah den Bericht über den Fall Claus mit dem Titel: »Erstes Todesurteil des Volksgerichtshofes.« Sie erwartete also, daß weitere folgen werden. Und so kam es. Am 5. August 1935 hat der Volksgerichtshof in Berlin den früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten Albert Kayser wegen eines Unternehmens des Hochverrats mit der Todesstrafe belegt. In welchen Handlungen bestand sein »Verbrechen«?

»Das Haupt der verurteilten Hochverräter«, so heißt es in dem offiziellen Bericht, war der Angeklagte Kayser, ein fanatischer Kommunist, der von der zentralen Leitung der KPD nach Mitteldeutschland entsandt worden war, um den zerstückelten Parteiparagrafen dort wieder aufzubauen. Er bekleidete die Stellung eines »Oberberaters« und war somit einer der höchsten kommunistischen Funktionäre, dem eine ganze Reihe von Bezirksleitungen unterstand, die er zu bewachen und mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen hatte. Diese verbrecherische Wühl- und Hetztätigkeit übte Kayser von Anfang März 1934 bis Ende Januar 1935 aus, also zu einer Zeit, in der die Auswirkung der nationalsozialistischen Aufbauarbeit klar in Erscheinung getreten war.«

Dafür Todesstrafe! Der ausschlaggebende Grund ihrer Verhängung, den das Gericht zu verkünden sich nicht geschämt hat, war aber, daß Kayser, der im Jahre 1933 in ein Konzentrationslager gesteckt worden war, bei seiner Entlassung die Verpflichtung eingegangen war, jede staatsfeindliche Tätigkeit zu unterlassen und in der Folge dennoch kommunistische Parteiarbeit geleistet hatte. Die Verbringung Kaisers in ein Konzentrationslager läßt erkennen, daß ihm damals eine Straftat nicht zur Last gelegt werden konnte, da er sonst ins Gefängnis gesteckt worden wäre. Trotzdem war er seiner Freiheit beraubt worden, ohne zu wissen, wie lange seine Einschließung dauern werde. Es bietet sich ihm die Gelegenheit, der willkürlich über ihm verhängten Einkerkelung sich zu entziehen und den Ort des Schreckens zu verlassen, wenn er die Einstellung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus gelobt. Er verspricht es, hält sich aber an das ihm abgepreßte Wort nicht gebunden. Und dafür verurteilt ihn ein hohes Gericht eines Staates, dessen Führer im Münchner Hochverratsprozeß einen Bruch des Ehrenwortes zugestanden und dessen damals einflußreichster Parlamentarier 1930 im deutschen Reichstag erklärt hat, daß den Nationalsozialisten kein dem Feinde abgegebenes Versprechen verpflichte, zum Tode! Die Machthaber in Deutschland erblicken auch in der gemeinsten Handlung, die ihnen nützt, nichts Unmoralisches, für diejenigen aber, die ihnen in den Weg treten, ist ihnen keine Strafe zu hart. Der offiziöse Wisch schließt mit den Worten:

»Dieses Urteil bringt eindeutig zum Ausdruck, daß niemand, der heute noch glaubt, sich für staats- und volkgefährliche Ideen einsetzen zu können, mit der Milde des Gerichts zu rechnen hat.«

Dieses Pack, das eingestandenermaßen

Für eine Bestätigung unserer Karte und für die baldige Aufnahme der Lieferung wären wir Ihnen sehr dankbar.

8. 8. 35.

Hochachtungsvoll
MOVA Münchener Zeitungs- und
Buch-Vertriebs-Anstalt G. m. b. H.
(gez.) Meicher.

Angesichts dieser Dreistigkeit ist es nur erstaunlich, daß sie nicht auch noch Gratisslieferung von uns verlangt haben!

Fronten im Kirchenkampf

Ob bei dem Erscheinen dieser Zeilen der Hirtenbrief des in Fulda versammelten deutschen Episkopats schon vorliegt, ist zweifelhaft. Die Bischöfe nehmen sich Zeit. Soviel ist aber schon sicher, daß der Hirtenbrief nicht etwa aggressiven Charakter tragen wird. Der Papst hat sich bisher darauf beschränkt, der Reichsregierung Material über die Verletzungen des Konkordats vorzulegen. Die päpstliche Taktik soll biegsam und ela-

stisch bleiben. Die Kirche hat die Absicht, ihre Verteidigung, die sie nun überall »Kulturkampf« nennt, von den materiell unfaßbaren seeligen Glaubenskräften vorzutragen, die aus den Gotteshäusern und sich streng an nur religiöse Betätigung haltenden Vereinen in die Familien strömen und ihnen die Widerstandskraft von Märtyrern verliehen sollen.

Inzwischen ist die deutsche Presse angefüllt mit Berichten vom Kriegsschauplatz, die von gegenseitigen sehr handgreiflichen Überzeugungsversuchen sprechen. Wenn man den Alarmmeldungen der Gestapo glauben wollte, müßte man annehmen, daß in manchen Gebieten Deutschlands kein Hitlerjunge seines Lebens mehr sicher ist. Daß es sich hier um Zweckmeldungen handelt, ist deutlich genug. Richtig ist aber durchaus, daß die Stimmung einer unzweifelhaften Mehrheit der Bevölkerung in Rheinland und Westfalen Feindschaft gegen die Hitlerregierung vielfach offen zu zeigen wagt. Das

den Kampf gegen Ideen mit dem Henkerbeil führt, zetert über angebliche Todesurteile in Oesterreich, Litauen und Rußland!

Gegen die Taten von Claus und Kayser erscheint die des Beimaunters Schmoeger von 1771 als ein Bruch der Rechtsordnung schwerster Art. Was sie getan haben, ist in jedem freien Lande selbstverständlich erlaubt. Sie haben Anhänger für ihre Ideen und ihre Partei geworben, Mitgliederbeiträge eingezogen und an die Zentralstelle abgeführt, sowie die Angehörigen von verhafteten Parteigenossen unterstützt. Deshalb hat ihnen ein deutsches Gericht das Recht zu leben abgesprochen. Wenn sie die Knebelgesetze verletzt haben, die bestimmt sind, im Lande der »veredelten Demokratie« die freie Meinung zu unterdrücken, tun die Nationalsozialisten in Oesterreich nicht dasselbe? Arbeiten sie dort nicht sogar unter der Billigung und dem Beistand deutscher Parteinstanzen mit Mord und Dynamit? Claus und Kayser sollen sterben, weil sie der Überzeugung sind, daß das Wohl der Menschheit den Sieg ihrer Idee erfordert, und weil ihr Tun auf seine Herbeiführung gerichtet war. In Görings halb oder ganz vergessenem Schreiben an Hindenburg vom 12. September 1932 stößt man auf folgende Sätze:

»Die politische Willensbildung der Nation kann sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren. Will man die politischen Parteien restlos ausschalten bzw. vernichten, schaltet man praktisch den Volkswillen selbst aus und wendet sich damit gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung.«

Claus und Kayser stimmten mit Göring überein, sie wollten daher die Unterdrückung und Ausschaltung ihrer Partei nicht dulden. Und deshalb sollen ihre Köpfe fallen.

Sie werden fallen, denn es gibt im Dritten Reich keine Stelle von Einfluß, der die Ermordung der Feinde des Nationalsozialismus nicht lobenswert erscheint, wenn nicht nachdrückliche Kundgebungen des Weltgewissens sie retten. Ihr Männer und Frauen, in welchem Lande immer, defen kein Büttel den Mund schließt, wollt ihr ruhig mit ansehen, daß in Deutschland Menschen geschlachtet werden, weil sie getan haben, was ihr als euer unveränderliches Menschenrecht in Anspruch nehmt? Schreit den Verbrechern, die politische Gegner, nur weil sie für ihre Idee geworben haben, auf das Schafott schicken, euren Haß und eure Verachtung ins Gesicht! Ruft die öffentliche Meinung in euren Ländern auf, weist darauf hin, daß die deutschen Machthaber eine Untat zu begehen im Begriffe sind, die allein, wären sie sonst auch blütenrein, genügen würde, sie außerhalb der Menschheit zu stellen. Erfüllet euch mit dem edlen Gefühl des Mitleids für die Gepeinigten und des Zornes gegen ihre Quäler und setzt alle Kraft moralischer, politischer, wirtschaftlicher Art an, um eine Schandtat, die alles vorstellbare Maß überschreiten würde, zu verhindern! Nur die Gewißheit, daß die Ermordung von Claus und Kayser für sie einen Schaden zur Folge hätte, der größer sein würde als der sadistische Genuß, den ihnen die Verschüttung des Blutes beider Männer bereiten würde, kann Hitler und die Seinen von der Vollendung des begonnenen Werkes abhalten!

vor allem in kleineren Orten. Es gibt im Rheinlande zahlreiche Orte, wo Hitleruniformen nur noch selten und nur von den Allergetreuesten Hitlers oder von seinen bezahlten Kreaturen getragen werden, weil die Bevölkerung Schimpf- und Hohnworte hinter den Uniformierten herruft. Mag man in den obersten Regionen der Kirche noch so milde und weise rein seelisch predigen. Unten ist die Lage wesentlich anders. Da stehen sich die Fronten mit den Flästen gegenüber, zumal in der Jugend, und sie werden in den kommenden Wochen noch öfter kräftig aufeinander schlagen.

Gerlachs letzter Weg

Am 9. August nachmittag wurden im Krematorium des berühmten Pariser Friedhofs Père-Lachaise H. v. Gerlachs sterbliche Ueberreste eingäschert. Am Sarge sprachen Genosse Breitscheid, Georg Bernhard und der Vorsitzende der französischen Liga für Menschenrechte Prof. Victor Basch.

Auffällige Unterlassung

Vor einem Jahre, am 19. August 1934, fand in Deutschland eine sogenannte Volksabstimmung statt. Hitler, Reichspräsident kraft eigener Ernennung, ließ den Staatstreich durch Plebiszit sanktionieren.

Das Ergebnis fiel bekanntlich für die Veranstalter nicht recht befriedigend aus. Terror und Wahlfälschung größten Maßstabs konnten nicht verhindern, daß die Zahl der amtlich angegebenen »Nein« stimmen gegen die vorangegangene Volksbefragung vom 12. November 1933 um mehr als zwei Millionen auf 4.275.248 stieg, daß Hitler statt der prophezeiten mehr als vierzig nur achtunddreißig Millionen Stimmen er hielt und daß — trotz der Beiseitelassung von mehr als 800.000 ungültig gemachten Stimmzettel — die amtliche Statistik keine 90 Prozent Ja-Stimmen für Hitler herausrechnen konnte. Die Popularität des Führers, auf die Göbbels und Konsorten spekuliert hatten, um einen fast hundertprozentigen Stimmziffern Sieg zu erringen, hatte versagt.

Seitdem ist ein Jahr vergangen. Von Volksabstimmung hört man nichts mehr. Und das ist seltsam. Nach der vom 12. November wurde in der gegängelten Presse von der Absicht berichtet, alljährlich mindestens einmal sich an das Volk zu wenden. Nach dem 19. August hieß es etwas kleinlauter: nun wolle man auch noch die beiseite stehenden 10 Prozent der Neinsager für das Dritte Reich gewinnen. Für angebliche 90 Prozent, die über den gesamten Presse- und Propagandaapparat verfügen, hätte das eigentlich eine Kleinigkeit sein müssen.

In einem vollen Jahre, sollte man denken, hätte sich doch dies Ziel erreichen lassen. Auch die Gelegenheit war bereits da, dem staunenden Ausland die hundertprozentige Volksgeschlossenheit vorzubereiten. Für eine Volksabstimmung konnte doch kaum ein Anlaß vom nationalistischen Standpunkt günstiger sein als der offene Bruch des Versailler Vertrages und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Man konnte mit dieser Parole die nationalistische Raserei noch weit höher aufpeitschen als mit dem Austritt aus dem Völkerbund. Gerade jetzt, am Jahrestag der letzten Stimmzettelkomödie, fragt man sich: Warum hat Hitler sich diese erstklassige Gelegenheit für eine neue entgehen lassen?

Man muß doch wohl im Propagandaministerium zu der Ansicht gelangt sein, daß auf dem Gebiet der Volksabstimmungen keine Lorbeeren mehr zu erringen sind. Man hat die mehr als vier Millionen Neinsager vom 19. August 1934 nicht gewonnen, man hat an dies Lager höchstwahrscheinlich neue Millionen verloren. Natürlich kann ein Regiment wie das in Deutschland herrschende, wenn auch nicht den Wahlterror, so doch die Wahlfälschung noch um viele Grade steigern. Aber je skrupelloser dieses Mittel angewandt wird, desto tiefer dringt es ins Bewußtsein der Bevölkerung, desto mehr verliert das blühende Wahlergebnis den suggestiven Charakter.

Jedenfalls stellen wir fest: seit der Ohrfeige der 4,2 Millionen Neinstimmen ist in Deutschland nicht mehr abgestimmt worden, und es sieht auch nicht danach aus, als ob so bald noch einmal abgestimmt wird. Für eine Despotie ist das, was sie vermeidet, oft charakteristischer als das, was sie tut. Aus diesem Gesichtspunkt verdient die gesunkene Freude an Abstimmungsparaden als auffälliges Symptom für die innere Aushöhlung des Systems registriert zu werden.

Julius Civilis.

Ruinierte Genossenschaften

Das Schicksal der Hamburger »Produktion«

Mit welcher Schnelligkeit sich der Ruin auch der einst leistungsfähigsten Konsumgenossenschaften vollzieht, zeigt der Bericht der großen Konsumgenossenschaft »Produktion« in Hamburg. Dieses sowohl seinem Aufbau wie seinen Leistungen nach muster-gültige Unternehmen, dessen Gründung im Jahre 1897 durch Adolph von Elm, dem verdienstvollen Führer der Tabakarbeiter, erfolgte, leitete die fortschrittliche Aera in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung ein. Nun steuert auch dieses Unternehmen mit Riesenschritten dem Zusammenbruch zu.

Die Mitgliederzahl, die am 30. Dezember 1933 noch 134.262 betrug, ist im Jahre 1934 auf 107.506, also um 26.756 Mitglieder zurückgegangen. Ebenso stark ist der Rückgang des Umsatzes. Im Jahre 1931 betrug er rund 80 Millionen Mark, 1933 war er auf 29 Millionen gesunken, und im Jahre 1934 hat sich ein weiterer Rückgang von 17

Frankreich in Gärung

V. Sch., Paris, 11. August.

Unverkennbar befindet sich ganz Frankreich in einem Zustand der politischen Gärung. Die deflationistische Pfordkur, von der Regierung Laval angeordnet, hat starke fieberhafte Reaktionen ausgelöst. Noch ist es unmöglich, die weiteren Entwicklungen vorauszusagen. Wird nach dem ersten Aufbegehren der betroffenen Millionen von Beamten, Staatsarbeitern, Eisenbahnern, Kriegsoffizieren, Rentnern eine Beruhigung eintreten oder wird sich die Unzufriedenheit ausbreiten? Waren die blutigen Vorgänge in Toulon und Brest nur ein Auftakt? Wird die Abwehr gar revolutionäre Formen annehmen und möglicherweise faschistische Gegenstöße auslösen?

Vieles hängt natürlich davon ab, ob das Deflationsexperiment Laval's wirtschaftlich gelingt, das heißt, ob die langersehnte »Wiederankurbelung« einsetzt. Aber gerade daran glauben nur die wenigsten. Man weist darauf hin, daß die Deflation bisher in keinem Lande das Ende der Krise gebracht hat, und daß es sich übrigens in Frankreich selbst schon um den dritten oder vierten, allerdings auch den radikalsten Versuch handelt, durch Kürzungen der Staatsausgaben das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und die Wirtschaft zu beleben; doch sei bisher das Wirtschaftsvolumen weiter zusammengeschrunpft und der Fehlbetrag im Etat weiter angewachsen. Warum sollte es diesmal anders werden?

Scheitert aber das Lavalsche Experiment nach der wirtschaftlichen Seite, dann sind die politischen Folgen schwer zu übersehen. Uns Deutschen — und übrigens auch vielen Franzosen — drängt sich instinktiv der Vergleich mit der Brüning-Periode auf. So nabelegend diese Reminiszenz auch ist — zumal ja die Lavalschen Ermächtigungsgesetze als Ausgleich auch eine Mietsenkung vorschreiben — so sehr sind jedoch die politischen Grundbedingungen verschieden.

In Frankreich gibt es keinen Großgrundbesitz mit politischen Machtpositionen in Heer und Verwaltung, keinen militärischen Staat im Staate, keine millionenstarke, soldatisch geschulte und aufgezogene faschistische Bewegung, die den verarmten Mittelstand und das demoralisierte Lumpenproletariat auf-fängt und vereint. Freilich gibt es auch in Frankreich eine erzreaktionäre Großindustrie — die lothringischen Eisenmagnaten ähneln in jeder Hinsicht ihren Kollegen an der Ruhr und die Macht des Finanzkapitals, das übrigens mit der Großindustrie vielfach identisch ist, ist sogar noch größer als sie jemals in Deutschland war, denn die Großbanken beherrschen die Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, und hinter der Maske der parteipolitischen Neutralität ist doch im Ernst-falle bei fast allen großen Blättern reaktionär-kapitalistischer Haß gegen die Arbeiterbewegung leicht zu erkennen. Was die Wehrmacht betrifft, so ist eine militär-faschistische Tendenz im Offizierskorps, vor allem

Prozent auf 24 Millionen vollzogen. Der Durchschnittsumsatz des einzelnen Mitgliedes betrug nur noch 218 Mark jährlich gegenüber 680 Mark im Jahre 1929.

Trotz einschneidender Abbaumaßnahmen schließt das Jahr 1934 mit dem großen Verlust von 1.255.908 Mark ab. »Nicht zuletzt ist dieses ungünstige Ergebnis aber auch mit darauf zurückzuführen, daß viele Mitglieder der Genossenschaft gerade in der schwersten Zeit den Rücken kehrten«, so stöhnt der Geschäftsbericht. Die Ausschüttung einer zweiprozentigen Rückvergütung auf die Umsätze der Mitglieder ist nur möglich, weil der Reichsbund der deutschen Verbrauchergenossenschaften (GEG) der »Produktion« einen Zuschuß von 400.000 Mark zur Verfügung gestellt hat. Die ausscheidenden Mitglieder aber erhalten nur die Hälfte der Rückvergütung, um sie »zu dem durch ihren Austritt entstandenen Schaden mit heranzuziehen«.

Im allgemeinen ist der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht wortkarg und zurückhaltend. Er muß fast auf allen Gebieten von Schwierigkeiten und Rückgang berichten. Interessant ist die folgende wirtschaftspolitische Bemerkung:

»Unsere Mitglieder waren im steigenden Maße gezwungen, zu den billigsten Konsumartikeln überzugehen... Das trifft besonders auf Margarine zu. Wir mußten die uns zugeleitete Margarine in höheren Preislagen wiederholt zum Preise für billige Konsumware abgeben, da unsere Mitgliedschaft nicht in der

in der Fliegertruppe und in der Marine, unverkennbar; aber in einem Lande der allgemeinen Wehrpflicht und mit demokratischen Traditionen würde sich die Wehrmacht nicht so leicht mißbrauchen lassen wie unter Pappen am 20. Juli 1932. Noch ist übrigens ein starker Prozentsatz des Offizierskorps unterschieden demokratisch und auch die erhebliche Zahl der Berufsunteroffiziere dürfte größtenteils mehr mit dem Volke verbunden sein als mit den faschistischen Oberschichten.

Was endlich die eigentliche faschistische Bewegung anlangt, so soll sie gewiß nicht in ihrer Zahl und Aktivität unterschätzt werden. Noch ist sie allerdings in mehreren rivalisierenden Organisationen zersplittert — Feuerkreuze, Patriotische Jugend, Royalisten, — die sich zwar am 6. Februar 1933 instinktiv auf der Straße zusammengefunden haben, die aber einstweilen für die bewußte koordinierte Vorbereitung eines Staatsstreiches kaum in Frage kommen.

Dieser ausführliche, wenn auch bei weitem nicht erschöpfende, vielmehr notwendigerweise oberflächliche Vergleich zwischen dem Frankreich von heute und dem Deutschland der Brüning-Periode war unerlässlich, um die Frage zu untersuchen, die die ganze Welt bewegt: ob Frankreich als Bollwerk der Demokratie bedroht ist. Wenn wir nun trotz mancher bedenklichen Ähnlichkeiten zu einer optimistischen Schlussfolgerung gelangen, so doch nur weil ein gewaltiger Unterschied seit einigen Monaten zu verzeichnen ist.

Auf die Bedeutung der proletarischen Einheitsfront in Frankreich ist an dieser Stelle schon mehrfach hingewiesen worden. Insbesondere wurde bereits hier hervorgehoben, daß die kommunistischen Führer, offenbar auf ausdrücklichen Befehl Moskaus, die Verteidigung der demokratischen Freiheiten als Kampflosung gegen den Faschismus proklamiert haben. Die Frage, inwieweit dieser anbefohlene Frontwechsel von hohen Charaktereigenschaften zeugt, ist nebensächlich. Entscheidend ist, daß die Massen diese Parole mit Begeisterung aufgenommen haben und auch aufrichtig befolgen. Das erscheint uns wichtiger als die rhetorischen Verrenkungen Dimitroffs, der auf dem Komintern-Kongreß abwechselnd die Einheitsfront in Frankreich verherrlicht und die Sozialistische Internationale beschimpft. Es wird weder seinem Prestige, noch seinem Talent gelingen, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß die Sowjetregierung in reichlich später Erkenntnis der wahnwitzigen Selbstmordpolitik der Komintern seit fünfzehn Jahren die ideologische Liquidierung dieser Politik, zunächst in Frankreich, angeordnet hat. (Die organisatorische Liquidierung dürfte einstweilen vorerst auf die Rote Gewerkschaftsinternationale beschränkt bleiben, deren französische Sektion demnächst der nationalen Gewerkschaftsvereinigung zum Opfer fallen dürfte.)

Aber die proletarische Einheitsfront hat erst neuerdings ihre volle Bedeutung und

Schlagkraft erhalten, seitdem sie auf die gesamten demokratischen Kräfte des französischen Volkes, einschließlich der Sozialradikalen, ausgedehnt worden ist. Diese Erweiterung, die Bildung der sogenannten »Volksfront«, ist in erster Linie den Kommunisten zu verdanken, die mit stärkerem Instinkt als manche führende Sozialisten erkannt haben, daß die faschistische Gefahr ohne die städtischen und bäuerlichen Massen der bürgerlichen Demokratie nicht wirksam bekämpft werden kann. Auch hier ist entscheidend, daß die Massen dem kommunistischen Ruf zur Sammlung, der auch nicht vor dem offenen Bekenntnis zur Koalitionspolitik mit dem demokratischen Bürgertum zurückschreckt, williger folgen als den prinzipienfesten Bekleidungen grundsatz-treuer Marxisten. Käme es heute zu Wahlen, so würde der Erfolg der Linken durchschlagend sein, aber die relativ weitaus größten Gewinne hätten vermutlich nicht die Sozialisten, sondern die Kommunisten zu verzeichnen...

Bis zu den allgemeinen Neuwahlen, die normalerweise erst im April oder Mai 1936 stattfinden sollen, kann sich freilich noch allerhand ereignen. Eine Spaltung bei den Sozialradikalen, von denen ein erheblicher Teil in Wirklichkeit sozial-konservativ ist, ist nicht unwahrscheinlich. Aber das Bündnis zwischen Sozialisten, Kommunisten und bürgerlichen Linkagruppen dürfte dennoch der antifaschistischen Volksfront eine klare Mehrheit sichern. Wird diese Mehrheit regierungsfähig sein? Wird sie das Erbe des Lavalschen Deflationsexperimentes überhaupt antreten wollen? Wird der besiegte reaktionäre Großkapitalismus eine Wahlniederlage nicht mit einer Finanzpolitik beantworten, die nur durch wirklich revolutionäre Gegenmaßnahmen zu überwinden wäre? Wird nicht gar der Faschismus die Entscheidungsschlacht provozieren, sei es vor einer gefürchteten, sei es nach einer vollzogenen Wahlniederlage? Das sind lauter Fragen, die im gegenwärtigen Zustand der allgemeinen Gärung niemand zu beantworten vermag. Aber sie müssen schon jetzt gestellt werden.

Käme es zu dieser Entscheidungsschlacht, dann wäre in Frankreich, wie in allen Ländern, das Hauptproblem, wer die Staats- und Militärmacht in Händen hat. Die Bildung der proletarischen Einheitsfront ist gewiß ein ungeheurer Vorteil für die französische Arbeiterklasse, verglichen mit den trost- und hoffnungslosen Zuständen in Deutschland 1930—1932, als wir »Sozialfaschisten« noch immer »der Hauptfeind« waren, gegen den man sogar den »roten Volksentscheid« an der Seite von Hitler und Hugenberg durchführte. Aber erst die Erweiterung der Einheitsfront, erst die Bildung der Volksfront mit dem demokratischen Bürgertum bietet eine starke Garantie dafür, daß die Maschinengewehre und Tanks der Staats- und Militärmacht im Ernst-falle nicht dem Faschismus, sondern der sozialen Demokratie zur Verfügung stehen werden.

Lage war, die teure Tafelware aufzunehmen.

Wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder der Konsumgenossenschaften von jeher zu den besser gestellten Käufern aus der Arbeiter- und Angestelltenschaft gehören, so spricht die Tatsache, daß selbst diese Schichten nicht einmal die von der Hitlerregierung verteuerte Margarine kaufen können, Bände.

„Nur eine Minderzahl“

In Nummer 32 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung wird der Bericht eines Maschinenindustriellen im Rheinland an die Deutsche Arbeitsfront in Düsseldorf wiedergegeben. In dem Bericht befindet sich auch eine Stelle, die sich mit dem Verhalten der Belegschaft des mehr als 2000 Arbeiter beschäftigenden Unternehmens befaßt. Der Unternehmer schreibt darin:

»Wenn ich zum Schluß ein Wort über die stimmungsgemäße Verfassung der Gefolgschaft unseres Werkes anfüge, so ist zu sagen, daß es wie überall, so auch in meinem Betrieb, immer eine Minderzahl sein wird, die dafür sorgt, daß nicht Gleichgültigkeit und Vergeßlichkeit sich allzu breit machen, und daß kleiner Aerger und Reibungen des Tages nicht zu wichtig genommen werden. Für besonders wichtig halte ich in dieser Beziehung die Aufgaben der Blockwäler im Betriebe, die sorgfältig ausgewählt werden müssen, da sie als vorgeschobene Posten am ersten in der Lage sind, mit den etwa 20 bis 25 von ihnen betreuten Gefolgschaftsmitgliedern Fühlung zu halten... ihre Gesin-

nung zu kennen und auf sie einwirken zu können... Daß eine dauernde Beobachtung auch in Richtung der Stimmung und Gesinnung erforderlich ist, ist ja allen hierfür in Frage kommenden Stellen genügend bekannt.

Der Unternehmer, der anscheinend selbst ein Nationalsozialist ist und für seine Berichterstattung das Lob des Gauverwalters der Arbeitsfront erhält, bestätigt damit, daß also in allen Betrieben nur eine Minderheit der Belegschaften die nationalsozialistische Gesinnung angenommen hat. Er macht dabei die ausdrückliche Feststellung, daß es in seinem Betrieb »wie überall« sei.

Es ist nicht nur in den Betrieben »nur eine Minderzahl, die das System bejaht! Das System ist längst die Diktatur einer Minderheit!

Ihr natürliches Gefühl

Otto Flake in der »Frankfurter Zeitung«:

»Ich hatte nicht auf die Landstraße acht gegeben, sondern gelesen. Als ich herausblickte war ich verwirrt: Was für eine Ebene, groß und geräumig wie ein Schlachtfeld... Die Gedankenverbindung, die beim Hinablick auf eine weite blaue Ebene an Schlachtfeld denken läßt, entspringt keiner besonderen kriegslusternen Gesinnung, sie entspringt instinktiv dem natürlichen Gefühl...«

Schlachtfelderinstinkte sind das natürlichste Gefühl der Hitlerdeutschen.

Danzig in polnischer Umklammerung

Die Kapitulation der Nationalsozialisten

Der Konflikt, den der nationalsozialistische Leichtsinns zwischen Danzig und Polen heraufbeschworen hatte, endet mit der völligen Niederlage der nationalsozialistischen Danziger Regierung. Polen hat, um den Folgen einer weiteren Entwertung des Danziger Guldens zu entgehen, die Erhebung der Zölle in Zloty gefordert. Auf die Weigerung des Danziger Senats hin hatte Polen die Einfuhr fast völlig über seinen Hafen Gdingen geleitet und den Hafen von Danzig dadurch zum großen Teil stillgelegt. Jetzt machten die Danziger Nationalsozialisten ihre große Geste: für Lebensmittel und andere wichtige Waren wurde Zollfreiheit bei der Einfuhr nach Danzig angeordnet. Praktisch bedeutete das im wesentlichen den Zollanschluß an Deutschland, also die Eingliederung in das deutsche Wirtschaftsgebiet. Laut rühmten sie sich der nationalen Tat. Aber die Freude sollte nicht lange währen. Die Proklamierung der Zollfreiheit war eine Durchbrechung der vertragsmäßig garantierten Zollunion mit Polen. Dazu kam noch, daß die von Deutschland gelieferten Lebensmittel mehr als doppelt so teuer waren als die bisher aus Polen bezogenen, ein Umstand, der die Lage der durch Guldenabwertung und daraus entstandene Teuerung ohnedies akut verarmten Massen völlig unerträglich gestalten mußte. Entscheidend war aber, daß Polen ankündigte, die Vertragsverletzung mit der Sperrung seiner Grenzen gegen die Einfuhr aus Danzig zu beantworten, eine Maßregel, die nach der bereits vollzogenen Stilllegung des Hafens auch noch die Stilllegung des restlichen Wirtschaftslebens Danzigs bedeutet hätte. Dazu drohten aber die Bundesgenossen Hitlers auch politische, ja unter Umständen militärische Maßnahmen an, falls die Danziger Nationalsozialisten ihren Vertragsbruch nicht sofort rückgängig machten.

Was sollten die Nationalsozialisten tun? In dem deutsch-polnischen Bündnis ist Hitler der Gefangene Polens. Den Danziger Senat auf den Völkerbund zu verweisen, war von vornherein aussichtslos, da ja der Vertragsbruch Danzigs offen zutage lag und die Anrufung des Völkerbundes zugleich eine Brückierung Polens gewesen wäre. So blieb den Nationalsozialisten in Berlin und Danzig nichts übrig, als die bedingungslose Unterwerfung unter die polnischen Forderungen.

Der Senat zieht das Dekret über die zollfreie Einfuhr zurück. Der Wirtschaftsanschluß an Deutschland wird, nachdem er einige Tage gedauert hat, wieder beseitigt. Danzig wird von neuem polnisches Zollgebiet.

Noch bedeutungsvoller und folgenreicher ist aber die zweite Maßnahme. Danzig verpflichtet sich, die Zölle nicht mehr in Gulden, sondern in Zloty zu erheben. Polen hat also seinen Willen restlos durchgesetzt und kann jetzt seine Gegenmaßnahmen — die Ablenkung der eingeführten Waren über Gdingen und die Sperrung seiner Grenze gegen Danzig — aufheben. Um den Nationalsozialisten eine gewisse Verhüllung ihrer schweren Niederlage zu erleichtern, sichert Polen zu, keine neuen Repressalien gegen die Danziger Devisenordnung zu ergreifen, die es ja praktisch ohnehin völlig wirkungslos gemacht hat, und das Hafensabkommen von 1933, durch das Danzig eine Mindestumschlagmenge von 4,5 Millionen Tonnen garantiert wurde, auch weiterhin einzuhalten.

Den neuen und entscheidenden Punkt dieser Neuregelung bildet die Verpflichtung Danzigs, die Zölle in der polnischen Währung zu erheben. Damit wird der Gulden zu einer bedeutungslosen Binnenwährung, während der Zloty im internationalen Bereich auch für Danzig von nun an die allein ausschlaggebende Währung bedeutet. Die polnische Regierung hat einen doppelten Zweck erreicht: die polnische Wirtschaft ist nicht nur gegen alle Folgen einer weiteren Entwertung des Guldens gesichert, sondern sie hat auch den Gulden in eine enge Abhängigkeit von Zloty gebracht. Der Gulden wird in Zukunft nur in dem beschränkten Gebiet von Danzig Umlaufmöglichkeit besitzen und es ist zudem sehr unwahrscheinlich, daß bei den trostlosen Finanzverhältnissen, die die heillose nationalsozialistische

Wirtschaft herbeigeführt hat, der Guldenkurs wird aufrecht erhalten werden können. Doch auch für diesen Fall hat sich Polen gesichert, denn wenn nach völliger Aufhebung der Danziger Devisengesetze die Zollgebühren wieder in Gulden erhoben werden dürfen, dann wird der Umrechnungskurs von Tag zu Tag festgelegt, wobei natürlich der Kurs des Zloty maßgebend bleibt. Ueberdies hat Danzig sich noch verpflichten müssen, Verhandlungen zwischen seiner und der polnischen Notenbank zuzustimmen,

und es ist kein Zweifel, daß Polen alles daran setzen wird, Danzig endgültig — wenn nicht formell, so doch tatsächlich — die polnische Währung aufzuküroyieren.

Nach der jetzt erfolgten Kapitulation sind seine ökonomischen Druckmittel stark genug geworden, um dieses Ziel durchzusetzen. Damit hätte aber Polen seinen

wirtschaftlichen Einfluß in Danzig außerordentlich verstärkt und so auch seine politische Herrschaft neu befestigt, während Deutschland wirtschaftlich und politisch zum Rückzug gezwungen ist.

So endet das Danziger Experiment wirtschaftlich mit einer schrecklichen Katastrophe. Tausende von Pensionären und Arbeitslosen werden mit mehr oder minder offenem Zwang zum Verlassen der Stadt bewegt und ins Dritte Reich abgeschoben. Dadurch wird ein beträchtlicher Ausfall an Kaufkraft bewirkt, der für das kleine Gebiet von nicht geringer Bedeutung ist. Die Lage der Arbeiter und großer Teile des Mittelstandes wird infolge der sprunghaften Preissteigerungen immer verzweifelter. Dazu kommt noch, daß der frivole heraufbeschworene Konflikt mit Polen der Danziger Wirtschaft dauernde schwere Wunden geschlagen hat. Die Unsicherheit über das weitere Schicksal des Gul-

Fortschreitende Verarmung des Volkes

Verbrauchsrückgang!

Auch die offizielle Statistik kann trotz all ihrer Schönfärbereien den Rückgang des Verbrauchs nicht mehr verhehlen. Die Erhebungen über die Einzelhandelsumsätze zeigen, daß diese in der Zweimonatsperiode Mai/Juni nur noch um 2 Prozent über dem Vorjahrsniveau liegen, eine Steigerung, die dem amtlichen Lebenshaltungsindex zufolge genau der Preiserhöhung entsprechen würde. Eine mengenmäßige Steigerung, also ein wirklicher Mehrverbrauch ist daher nicht eingetreten. Dabei ist das amtliche Zahlenmaterial für eine zutreffende Beurteilung der wirklichen Entwicklung des Verbrauchs von vornherein ziemlich wertlos. So wird der Umsatz des Kraftfahrzeughandels und des Landmaschinenhandels in diese Statistik einbezogen, obwohl Autos zu einem großen Teil und landwirtschaftliche Maschinen sicher nicht den Konsumgütern zuzurechnen sind. Andererseits fehlen Zahlen über den Umsatz von Obst und Frischgemüsen, da angeblich dafür die Unterlagen mangeln. Gerade die Preise für Frühgemüse und Obst haben im Mai und Juni einen außergewöhnlichen Hochstand erreicht, so daß gleichbleibende oder selbst noch gestiegene Wertziffern einen wesentlichen Rückgang in der Verbrauchsmenge bedeuten würden. Es wäre an sich keine unlösbare Aufgabe, durch Ausschaltung der Preisänderungen zu einer brauchbaren Statistik des Mengenabsatzes zu gelangen. Es ist natürlich Absicht, daß die amtliche Statistik jeden Versuch dazu unterläßt.

Aber selbst nach dieser amtlichen Statistik ergibt sich für das erste Halbjahr 1935 nur eine 3prozentige Umsatzsteigerung, von der die Herren selbst sagen, daß sie in der Hauptsache Ausdruck der partiellen Preiserhöhung, insbesondere der Lebensmittel und Textilwaren sei. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1933, dem konjunkturellen Tiefpunkt, soll sich eine Umsatzsteigerung im Einzelhandel von 15 Prozent ergeben haben, wovon 6 Prozent nach der amtlichen Statistik auf Preissteigerungen zurückzuführen seien. Gegenüber 1932 sei eine Erhöhung von nur 3 Prozent zu verzeichnen und gegenüber dem ersten Halbjahr 1931 ergibt sich noch immer ein Umsatzausfall von ungefähr einem Sechstel. Dabei ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Waren- und Kaufhäuser sowie die Einzelhandelsgeschäfte gegenüber 1932 einen Umsatzverlust von 20 bis 30 Prozent aufzuweisen haben.

Zeigen somit die offiziellen Zahlen die Stagnation des Verbrauchs im allgemeinen und seinen Rückgang für wichtige Kategorien an, bewelsen sie ohne weiteres, daß der Konsum noch lange nicht auch nur den Stand des Krisenjahres 1931 wieder erreicht hat, so geben diese Durchschnittszahlen, wie gesagt, bei weitem kein Bild der wirklichen Entwicklung, denn die amtliche Preisstatistik ist zur offenkundigen Fälschung geworden. Auf wichtigsten Gebieten sind sprunghaft Steigerungen zu verzeichnen, die in der amtlichen Statistik nur ganz abgeschwächt zum Ausdruck kommen. Fleisch allein z. B. ist in den letzten Wochen um 10 Prozent teurer geworden, nachdem bereits die amtlichen Indexziffern für den Juni eine durchschnittliche Preiserhöhung um 6,5 gegenüber

dem Vorjahre angehen und für Schweinefleisch sogar um 9,4 Prozent. Dabei hat die Marktregelung durch den famosen Reichsnährstand des Herrn Darré schon dazu geführt, daß zeitweise frisches Fleisch überhaupt nicht zu haben ist und den Konsumenten statt dessen Konserven aufgedrängt werden. In Wirklichkeit darf man die Steigerung der Preise für Mitte 1935 gegen den Anfang von 1933 bei den Agrarprodukten auf mindestens 25 bis 28 Prozent annehmen, bei Industriestoffen auf 8 bis 10 Prozent, während die Lebenshaltungskosten seit Beginn des nationalsozialistischen Regimes um etwa 20 Prozent gestiegen sind.

Vergleicht man diese der Wirklichkeit viel mehr entsprechenden Angaben mit den Ziffern der Einzelhandelsumsätze, dann gelangt man zu dem Ergebnis, daß trotz vermehrter Einstellungen in den Arbeitsprozeß, trotz verlängerter Arbeitszeit, ein sehr wesentlicher Rückgang des Verbrauchs stattgefunden hat, der nur zu erklären ist durch die sehr starke Abnahme des durchschnittlichen Arbeitseinkommens und die fortschreitende Verringerung der Kaufkraft des Geldes.

Dieses Resultat wird auch bestätigt durch die offizielle Produktionsstatistik. Danach hat die Erzeugung von Produktionsmitteln — in Wirklichkeit hauptsächlich die Erzeugung der Rüstungsindustrie — fast das Niveau von 1928 erreicht und steht 30 Prozent über dem Vorjahrsniveau. Die Produktion der Verbrauchsgüter dagegen ist noch um 15 Prozent hinter dem Stand von 1928 zurück und steht, was besonders bezeichnend ist, um 5 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres. Auch hier zeigt die offizielle Statistik somit das fortschreitende Sinken der Lebenshaltung der breiten Massen seit Beginn der nationalsozialistischen Diktatur. R. K.

Ein Zweckswindel der Reichsstatistik

Das System bereitet eine neue Offensive gegen den Stand der Löhne und Gehälter vor, die den Zweck hat, der Industrie ohne Beeinträchtigung ihrer Profite ein Exportdumping zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke wird in der jüngsten Publikation des Statistischen Reichsamtes eine Behauptung aufgestellt, die geeignet ist, Ueberaschung hervorzurufen. Bisher konnte nicht bestritten werden, daß die Zahl der Beschäftigten stärker zunimmt als das amtlich geschätzte Arbeitseinkommen, daß also bei steigendem Gesamteinkommen der Durchschnittsverdienst des Einzelnen sinkt. Jetzt wird behauptet, daß sich seit Frühjahr 1934 das Verhältnis von Zunahme der Beschäftigten und Arbeitseinkommen umgekehrt habe, also der Durchschnittsverdienst nicht kleiner, sondern größer geworden sei. Seit Frühjahr 1934 sei die Summe der Arbeiter- und Angestelltenlohnsumme um 16,9 Prozent, die Anzahl der Beschäftigten nur um 5,2 Prozent gestiegen. Seltsam fürwahr! Noch bis Ende 1934 verhielt es sich, wie man bisher annehmen mußte. In der Zeit von Ende Dezember 1933 bis Ende Dezember 1934 hatte zugenommen die Zahl der Beschäftigten nach der Krankenkassenstatistik von 13,3 auf 14,8 Millionen, also

um 15 Prozent, das Arbeitseinkommen von 6,7 auf 7,3 Milliarden, also um nur 10 Prozent. In den drei Monaten von Januar bis März 1935 soll sich nun alles, alles gewendet haben? Zuzugeben ist, daß die Unternehmer vielfach gezwungen waren, den Mangel an Facharbeitern in den Rüstungsbetrieben durch Bewilligung höherer Löhne abzuwehren. Die so bevorzugten Facharbeiter stellen aber nur eine verhältnismäßig sehr dünne Schicht unter den Arbeitern und Angestellten dar, die Gesamtsumme der Arbeitseinkommen kann also von ihnen in so kurzer Zeit und so entscheidend nicht beeinflusst worden sein. Das geht aus den amtlichen Veröffentlichungen der Reichsstatistik selbst deutlich hervor. In einer Sondernummer von »Wirtschaft und Statistik«, Jahrgang 1935, die »Beschäftigung, Arbeitszeit und Arbeitseinkommen in der deutschen Industrie« behandelt, wird festgestellt, daß an der im Jahre 1934 verdienten Lohnsumme am meisten die Textilindustrie und die Bauindustrie beteiligt waren, beide mit je 11 Prozent, zusammen also mit nahezu einem Viertel. Von den Textilarbeitern wird gesagt, daß ihr Durchschnittseinkommen im Herbst 1934 niedriger war als im Vorjahre. »Wirtschaft und Statistik«, 2. Juniheft, enthält eine Untersuchung über die Löhne der Maurer im Baugewerbe. Danach ist der Stundenverdienst für die Maurer in den Großstädten im September 1934 um 4,3 Prozent niedriger als im August 1932, dieser Rückgang entspräche etwa der in der gleichen Zeit eingetretenen Verminderung der tariflichen Stundenlöhne. Also für diese beiden Kategorien mit dem größten Anteil am Gesamtarbeitseinkommen ist keine Erhöhung, sondern eine Senkung der Arbeitsverdienste erfolgt. Soviel ist sicher, daß eine Aenderung nach oben in den ersten drei Monaten dieses Jahres nicht vorgenommen worden ist. Entscheidend ist aber nicht die Höhe der Geldlöhne, sondern der Reallohn. Wie es damit steht, dafür kann das Statistische Reichsamts selber als Zeuge angerufen werden. Es kommt in seiner Lohnuntersuchung zu folgendem Schlußergebnis:

»Das Realeinkommen der jeweils beschäftigten Industriearbeiter hat sich im Durchschnitt somit in allen Wirtschaftsgruppen, mit Ausnahme des Baugewerbes gegenüber 1932 leicht erhöht. Mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten um die Mitte des Jahres 1934 hat sich freilich das Realeinkommen des Industriearbeiters weiter verringert. Immerhin bleibt es über dem Stand von 1932.«

Immerhin! Bis 1934 wog die Erhöhung die Steigerung über das Elendsjahr 1932 hinaus schon weniger als »leicht«, wenn man die Bauarbeiter nicht vergißt, ist kaum noch ein Unterschied festzustellen. Berücksichtigt man aber das Fortschreiten der Teuerung von Mitte 1934 bis Mitte 1935, so kommt man zu dem Schluß, daß in 2½ Jahren Drittes Reich sich die Lebenshaltung der Massen verschlechtert und nicht verbessert hat. Die amtliche Schätzung des Arbeitseinkommens ist also ein Zweckswindel. Sein Sinn ist die Vorbereitung des Verelendungsprogramms, das Schacht im »Deutschen Volkswirt« jüngst hat verkünden lassen. Die »Beeinträchtigung des normalen Konsums zugunsten vordringlicher Zwecke« ist aber kein neues Programm, sondern nur die Verschärfung des alten.

Dr. Richard Kern.

Die Bedeutung der Emigration

Von Guglielmo Ferrero

Eine kostbare Informationsquelle

Der große italienische Emigrant und Historiker veröffentlicht im »Journal des Nations« den folgenden Aufsatz:

Vor einiger Zeit habe ich in Paris einen der zahlreichen russischen Emigranten getroffen, die nach Frankreich geflüchtet sind: einen alten General, der einen berühmten Namen trägt. Ich habe ihn gefragt, was er von der bolschewistischen Armee hielte. Er hat auf meine Frage eine lange Antwort gegeben.

Unter den Auskünften, die er mir gegeben hat, waren einige, die mir von gewisser Wichtigkeit schienen. Einige Tage später war ich mit einem französischen Diplomaten zusammen, der Rußland sehr gut kennt, da er dort lange gelebt hat. Ich habe ihm erklärt, was mir der russische General gesagt hatte. Er war damit nicht sehr zufrieden; er hat sich lebhaft gegen diese Aussagen gewandt und endlich hat er mir gesagt:

»Das ist ein Emigrant. Er versteht nichts vom heutigen Rußland.«

»Und glauben Sie, daß Franzosen, Engländer oder Deutsche, das heutige Rußland besser verstehen können?«, habe ich ihn darauf gefragt.

Es ist eine landläufige Meinung, daß die Emigranten eines Landes, das sich in das revolutionäre Abenteuer einer Regierung der Usurpation und der Mystifikation gestürzt hat, nichts mehr von ihrem Lande verstehen, seitdem sie es verlassen haben. Aber diese Meinung ist meiner Ansicht nach vollkommen falsch. Ganz im Gegenteil sind es die Länder mit legitimen Regierungen, die nichts von dem verstehen, was sich in den revolutionären Ländern abspielt. Aus Trägheit oder aus Egoismus stellen sie sich diese Länder mehr oder weniger nach ihrem eigenen Bilde vor, sie schreiben ihnen großzügig die Eigenschaften der Beharrung und der relativen Weisheit zu, die sie selbst besitzen, und sie weigern sich, den Emigranten Glauben zu schenken, die als einzige von Grund auf die verborgensten Schwächen der revolutionären Systeme kennen. Die Emigranten sind nicht unfehlbar, auch sie täuschen sich — aber viel mehr in ihren Voraussichten als über die Tatsachen. Sie haben recht, wenn sie ankündigen, daß das Regime, unter dem sie leiden, in einer unvermeidlichen Katastrophe enden wird; aber sie sind oft geneigt, sei es aus Interesse, sei es aus ihren Wünschen heraus, das Ende näher zu sehen als es ist. Die Katastrophe, so unvermeidlich sie ist, kann auf sich warten lassen über die Prophezeiung der Feinde des Regimes hinaus.

Alle diese einander widersprechenden Illusionen haben mit Napoleon begonnen. In den Studien, die ich für meine Vorlesungen über das Empire getrieben habe, habe ich immer großes Gewicht auf die Ansichten der Emigranten gelegt. Sie sahen oft die Schwächen des kaiserlichen Regimes viel besser als die Diplomaten und die Staatsmänner von Europa. Bei ihnen war die Illusion viel weniger stark als an den Höfen von Wien, St. Petersburg oder Berlin, die immer geneigt waren, zu glauben, daß das napoleonische Regime endgültig wäre und daß es sich normalisieren würde, indem es in einigen Monaten oder Jahren eine Monarchie werden würde, in allem ähnlich den seit Jahrhunderten in Europa existierenden Monarchien.

Die Illusion hat während des Krieges wieder begonnen. Nehmen wir einen Fall, den ich genau kenne: den Italiens. In jedem Augenblick finde ich Franzosen oder Engländer — Journalisten, Professoren, Geschäftsleute, Politiker, Diplomaten — die mir über Italien Vorträge halten. Sie sind fast alle so überzeugt, daß sie gut unterrichtet sind, daß ihnen der Gedanke nicht einmal in den Kopf kommt, mit einer Person zu sprechen, die in der Lage wäre, ihre Aussagen zu kontrollieren. Die meisten von ihnen verstehen nichts von der Lage Italiens, weder von den Ursachen, die sie hervorgebracht haben, noch von den

Entwicklungen, die dann folgten, und sie urteilen mit unglaublicher Selbstgerechtigkeit. Selbstgerechtigkeit und Unwissenheit: das ist die Haltung der freien Länder gegenüber den Ländern, die sich im revolutionären Zustand befinden.

Man schafft Romane, die gewissen Leidenschaften schmeicheln oder gewissen Interessen dienen; man findet Journalisten, Historiker, Soziologen, Gelehrte, die es sich zur Aufgabe machen, diese Romane in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Man schafft gleichermaßen Meinungsströmungen, die schließlich auf die allgemeine Lage in

beiden Bonapartes die Psychologie einer Staatsstreichregierung studiert hat, keine leichtere und sicherere Prophezeiung. Die Psychologie einer Staatsstreichregierung ist immer die gleiche. Und sie führt überall zu den gleichen Ergebnissen.

Nur die Emigranten kennen die Schwächen der revolutionären Systeme, selbst wenn ihre Prophezeiungen mitunter durch Ungeduld sündigen. Deshalb mißtraue ich den vielen Büchern über Rußland oder über Deutschland, die von Franzosen, Engländern oder Amerikanern geschrieben sind, von Schriftstellern, die zu Ländern mit legitimen Regierungen gehören. Es

verflüchtigen könnte, und daß die Schwierigkeiten nach und nach in Ordnung kommen würden, ohne daß sie selbst sich anzustrengen brauchten.

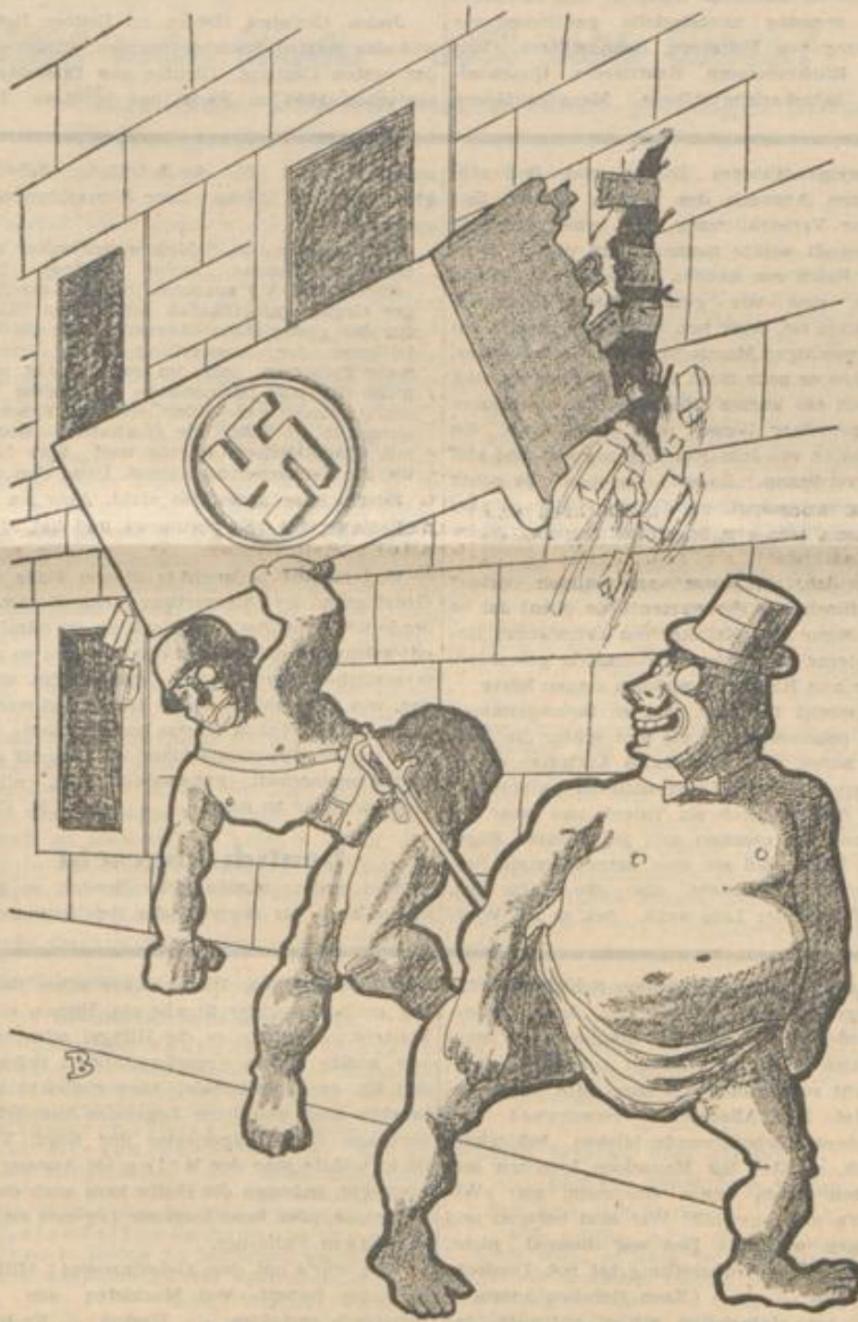
Ich dagegen benutze die Gelegenheit, wenn ich einen russischen oder deutschen Emigranten treffe, um mich zu erkundigen. Aus dem Studium der Geschichte und aus meiner eigenen persönlichen Erfahrung weiß ich, welche kostbare Informationsquelle im allgemeinen ein Emigrant ist, wenn er intelligent ist und wenn er unter dem vorhergehenden Regime eine Rolle in Politik oder Verwaltung gespielt hat. Man muß das, was die Emigranten erzählen, einer gewissenhaften Kritik unterwerfen, denn die Leidenschaft ist stark und kann ihre Geschichte mehr oder weniger verändern. Aber die Leidenschaft steht als verändernde Kraft hinter allen Informationsquellen. Wenn die Geschichte alle Quellen ablehnen wollte, die durch die Leidenschaft gestört sind, würde sie überhaupt keine haben. Die Emigranten sind davon nicht ausgenommen, aber sie haben wenigstens den Vorteil des Wissens.

Es ist mir noch niemals vorgekommen, daß der Gesandte einer legitimen Macht bei einer illegitimen Macht mich nach meiner Meinung gefragt hätte. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich dies jemals ereignen wird. Aber wenn das Unmögliche Wirklichkeit werden sollte, so würde ich zu diesem außergewöhnlichen Diplomaten sagen:

»Sie gehen in ein Land, in dem Ihre Aufgabe sehr schwierig sein wird. Sie werden dort durch ein System der offiziellen und sowohl miteinander kombinierten Lügen eingewickelt werden, daß Sie eine Art von divinatorischer Kraft haben müßten, um die Fragmente der Wahrheit zu erfassen. Wenn Sie nicht eine außerordentliche Anstrengung machen, werden Sie das Opfer dieser organisierten Täuschung werden. Sie werden endlich aufrichtig daran glauben und Ihrer Regierung wahre Romane schicken als Ausdruck der Wahrheit, nach denen Ihre Regierung Ihre Politik regeln soll. Rechnen Sie nicht für Ihre Unterrichtung auf die latente Opposition im Lande. Sie existiert, sie ist stark, sie weiß sehr vieles. Aber es wird Ihnen sehr schwer fallen, in Berührung mit ihr zu kommen. Die Polizei ist wachsam und selbst wenn es Ihnen gelingen wird, die Verbindung aufzunehmen, würde es Ihnen dennoch sehr schwer fallen, der Opposition die Zunge zu lösen. Man ist dort sehr klug geworden, und ganz besonders fremden Diplomaten gegenüber. Es bleibt Ihnen eine Hilfe: die Emigranten. Diese wissen sehr vieles, und sie reden. Lesen Sie aufmerksam, was sie unter sich sagen. Wenn Sie ihre Reden und ihre Schriften einer vernünftigen Kritik unterziehen werden, so werden Sie kostbare Informationen sammeln, und Sie werden Ihre Regierung unterrichten können. Sie werden dann von Ueberraschungen geschützt sein, und es wird Ihnen nicht geschehen, daß Ihre Informationen und Ihre Voraussagen von den Ereignissen brutal dementiert werden.«

Der Popularitäts-Balkon

Hitler läßt sich einen Balkon an die Reichskanzlei bauen.



Kann er ihn allein halten

Europa einwirken, und die in der Wirklichkeit keinerlei Grundlage besitzen. Am Ende werden alle diese Illusionen und diese Irrtümer eines Tages an der Wirklichkeit eines unerwarteten Ereignisses zerschellen.

Auf diese Weise kann man die abessinische Ueberraschung erklären. Zehn Jahre lang habe ich wiederholt, daß ein Regime, gleich dem, das Italien beherrscht, in einem Kriege enden muß; daß diese Voraussage eine Gewißheit sei, daß der Augenblick und die Richtung des Abenteuers — Europa, Asien, Afrika? — die einzigen Ungewissheiten seien. Diese Idee hat lange Zeit als der Traum eines Emigranten gegolten. Dennoch gab es für einen wohlinformierten Beobachter, der die wahren Kräfte kennt, die die Staatsstrieche von 1922 und 1925 vorbereitet und durchgeführt haben, der in der Geschichte der

fällt ihnen sehr schwer, den wahren Wert und die Bedeutung der Tatsachen zu verstehen, die sie erzählen, ihre tiefen Ursachen, ihre Wirkung und ihre Tragweite für die Zukunft. Die Schwierigkeit wird für die meisten Schriftsteller und Beobachter erhöht durch einen geheimen Widerwillen, die Wahrheit zu sehen, der einer moralischen Schwäche entspringt. Angesichts einer großen Gefahr zieht der Mensch im allgemeinen es vor, die Augen zu schließen. Die Tatsache, daß von fünf europäischen Großmächten drei keine legitime Regierung mehr haben, ist eine schreckliche Gefahr und die Ursache zahlloser Schwierigkeiten für ganz Europa. Aber die Länder mit legitimen Regierungen ziehen es vor, diese Gefahr und diese Schwierigkeiten nicht zu sehen, in der Illusion, daß die Gefahr sich von selbst

Sein Tribut

Die gleichgeschaltete Presse rühmt, daß »Mein Kampf« von Hitler eine Auflage von zwei Millionen erreicht habe. Es ist hinlänglich bekannt, wie das gemacht worden ist: allein aus Mitteln der Arbeitsfront ist ein sehr erheblicher Teil dieser Auflage gekauft worden. Der Bezug von »Mein Kampf« ist für Behörden, Schulen, Organisationen zur Zwangsaufgabe gemacht worden. Verdient hat bei diesem erpresserischen Verlagsgeschäft der Verlag Franz Eher Nachf. Inhaber des Verlags ist Hitler. Neben dem Verlagsgewinn gibt es noch den Anteil des Autors. Er beträgt: rund eine Million Mark.

Wenn man den Bezug befehlen kann, ist es leicht, ein im finanziellen Sinn erfolgreicher Autor zu sein.

Volks- oder Beutegemeinschaft?

Zwei Stichproben aus dem Dritten Reich. In der letzten Nummer der amtlich gespaltenen deutschen Jagd- und Jägerzeitung »Wild und Hund« (Nr. 31 ds. J.) begegnet uns die folgende erbauliche Mitteilung:

»Vor kurzem erhielt die Gauleitung der NSDAP des Gau's Süd-Hannover-Braunschweig ein Schreiben, in dem wieder einmal der vorbildliche Geist der deutschen Volksgemeinschaft zum Ausdruck kam. In diesem Schreiben bittet nämlich der Revierförster D. aus W. im Oberharz die Gauleitung um Ueberweisung eines bewährten Kämpfers für eine vierzehntägige Erholungszeit. Diesem Gaste solle gleichzeitig der Abschluß des einzigen dem Förster in seinem Revier zustehenden Rothirsches übertragen werden. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß gerade dieses letztere Zugeständnis für einen Förster und Jäger ein besonderes Opfer bedeutet, das in Deutschland bisher wohl einzig dastehen dürfte. Aber gerade dieser Opfergeist verdient als vorbildlich und zur Nachahmung empfohlen (!) hingestellt zu werden. Der Fall zeigt im übrigen, daß im Oberharz nicht nur die bewährte deutsche Gastfreundschaft, sondern auch der Geist der Volksgemeinschaft lebt, wie ihn der Nationalsozialismus sich wünscht.«

Man darf getrost dem Schreiber dieser Notiz, der wahrscheinlich der Herr »Gauleiter« von Süd-Hannover-Braunschweig selbst oder doch sein Sekretär, Adjutant, Stabschef oder wie man sonst das wohl jetzt nennen mag, ist, versichern, daß es allgemein ungeheuer verständlich erscheint, daß sich der Nationalsozialismus solche »Fälle« noch viel mehr wünscht. Der bewährteste Kämpfer ist ja sicher aus dem ganzen Gau der Herr Gauleiter selbst. Oder etwa nicht? Folglich gehört der Rothirsch keinem anderem als ihm, was nicht minder logisch und gerecht ist. Der Herr Gauleiter hat zwar bereits ein dickes Gehalt. Wahrscheinlich ist er auch noch Reichstagsabgeordneter im schwierigen Nebenberuf mit einigen 600 Mark oder Staatsratsmitglied mit 1000 Mark Diktat monatlich zusätzlich seines Gehaltes und seiner Spesen. Aber auch den Rothirsch kriegt er noch für naß, und die vierzehn Tage Gratipension im Försterhaus dazu. Das soll etwa keine deutsche Volksgemeinschaft sein!? Es ist selbstverständlich, daß der »Fall« ausdrücklich zur Nachahmung in der Mitteilung der Gaugeschäftsstelle empfohlen wird! Mit anderen Worten: Wer senkelt dem armen Pg. Gauleiter nun noch ein Dutzend wollene Unterhosen, ein Wochenendhaus und einen Horch-Achtzylinder? Postkarte an die Gauleitung der NSDAP des Gau's Süd-Hannover-Braunschweig genügt!

In Nr. 212 des »Völkischen Beobachters« wird dreispaltig über einen »glänzenden Verlauf der Münchener Festspiele« berichtet. Daß »Rosalind von Schirach als Elsa« dabei in Funktion getreten ist, wird durch einen besonders fetten Untertitel unter der Hauptüberschrift (siehe oben!) hervorgehoben. Rosalind von Schirach — das ist freilich die Schwester des

Alfred Kerr:

Die Karikatur als Waffe*)

I.

Es kann nicht schaden: die erzwungene Gemeinheit eines gedrosselten Europateils festzuhalten, druckschriftlich und im Bild. Den Zustand einer zur Hälfte viehischen, zur Hälfte bedauernswerten Menschengruppe sogar mit Lächeln zu belichten. Das Verzerrende wiederum in der Verzerrung zu beschwören — (so daß wenigstens ein bißchen moralischer Ausgleich entsteht).

II.

Gewiß, das alles vertreibt Hyäneneschöpfe nicht aus ihrem befestigten Stall. Das versperrt nicht ihre feig und schlaue betonten Mordstraßen.

Doch etwas nicht zu tun, bloß weil es vielleicht nicht nützt, ist nichtsutzig in gewissen Fällen.

Vor Jahr und Tag schrieb ein damals blutjunger, sonst viel zu weicher Schriftsteller, der seitdem verscholl, namens Georg Hirschfeld, ein Stück — und von allem, was er je verfaßt, blieb nur ein Jugendwort hieraus im Gedächtnis: »Man muß protestieren!« Nämlich: ohne Rücksicht auf die Wirkung. Hier ist das frühe Facit eines ganzen Lebens; das Ueberdauernde; die Kerngültigkeit eines Imperativa. Man muß protestieren.

Und würden auch zwanzig europäische Ministerien unheilbar naziphil; und streckten auch zwanzig ministerielle gentlemen zur Stärkung von Folterern, Brandstiftern, Gaunern, Rückbremsern, Kastriern, Quacksalbern, Jahrmärkmystikern, Menschenjägern

ihnen zwanzigmal eine (künftig nicht leere) Hand hin — mit zwanzigfachem Rechtfertigungsvorwand: man muß protestieren.

III.

Auch der Spaß kann »feststellen was ist«. Was der Nazi (trotz einer gestumpften, vergessenden, sich gewöhnenden Welt) bleibt. Der typische dumme Kerl — mit affenartiger Fähigkeit zum Drill. (»Organisation«). Der wolkige Fettkopf mit Frechheit. Der geborene Zurückschrauber des kosmisch Erreichten. Der Vorzeitmensch mit heutiger Technik. Der tölpische Todfeind ethischer Entwicklungen, dickfellig-rückfällig. Der Gewaltschmarotzer im Besitz der (von Andre errungenen) Erfindungen — die er wuchtend und dumm-schlaue sich aneignet zu mystopathisch überfüchtigem Raub. Der Gerissene, der sich reich macht, indeß ein gedrilltes Land verolendet. Der Träger einer Quatschtheorie von unwahrscheinlichem Tiefstand. Der trübete Wirrschädel mit ausgesprochenem Sinn für Abriechung — und Hinrichtung. Der bedenkenloseste Preller. »Pferdejude«. Lügner aller modernen Gesichte... mit der Fälschungsgeste des Erneuers.

Dem läßt sich eine Welt gefallen. Euer nächstes Buchziel sei nicht Prangerung der Täter: sondern der Zuschauer.

IV.

Juden, Christen, Heiden im Dritten Reich will das jetzige Buch betrachten. Einer von der ersten Gattung, Dichter aus Düsseldorf, gestorben 1856 zu Paris, hat ja diese Be-

reicherungsproleten geahnt, als der »lausigste Lump aus der Normandie« geschichtlich wurde:

»Ich sah einen Schneider aus Bayeux, er kam Mit goldenen Sporen geritten« ...

Der Dichter schrieb: »Gewappnete Diebe verteilen das Land Und machen den Freiling zum Knecht«.

Dieser vorblöckende Poet kann heute nicht mehr gefoltert werden; nicht mit Nadeln durch die Hoden gepiekt (was die Hunde tun); nicht taubgeschlagen; nicht zum Abfressen von Gras auf dem Bauch genötigt; nicht in der Zelle langsam zum Verröckeln geprügelt. »Gott sei Dank, und du bist tot«, sang er einmal.

V.

Wenn jedoch heut ein Tennisspieler stark ist; wenn irgend Ueberlegenheit droht; wenn ein Boxer gleichen Stammes Weiterfolg hat: so wird es von diesen schmierigen Feiglingen vertuscht werden; das geht.

Nicht zugelassen zur Leistung — auch das ist eine Form des Fälschens, erdacht von den dreckigsten Halunken der Zeit; von den unritterlichsten von geborenen Bedienten. Von der widerlichsten Erscheinung des Erdballs.

Das nutzt unanständig eine Zahlenüber-

*) Dieser Aufsatz ist der Vorabdruck des Vorworts aus einer demnächst im Verlag des »Simple« in Prag erscheinenden Broschüre »Juden, Christen, Heiden im Dritten Reich«. Sie enthält 100 Zeichnungen erster europäischer Karikaturisten.

Reichsjugendführers Baldur von Schirach. Bis zum Anbruch des Dritten Reichs und bis zur Verwirklichung der neuen Volksgemeinschaft wußte niemand im weiten deutschen Reich von Aachen bis Gumbinnen etwas davon, eine wie gottbegnadete Künstlerin Rosalinde sei. Aber nun wurde ihr Bruder ein gar gewaltiger Mandarin des Dritten Reiches, ob schon es noch nicht sehr lange her ist, daß er noch ein kurzes Höschchen trug. Logischer und gerechter Weise muß jetzt auch die Schwester von ihm Karriere machen und viel Geld verdienen. So will es eben die echte Volksgemeinschaft, nicht wahr? Heraus also mit den Juden aus den Kunsttempeln, Platz für Rosalinde!

Freilich, bei jenem »glänzenden Verlauf der Münchener Festspiele« (wie oben) ist es auch sogar dem Kritiker des »Völkischen Beobachters« ein wenig schwümmig geworden, als er nun Rosalinde wirklich singen hörte... Man merkt förmlich, wie er Bauchgrimmen dabei bekommen hat, als ihm später die Aufgabe zufiel, nach Rosalindes Auftreten einem gleichgeschalteten Leserpublikum klarzumachen, daß sie doch ein Talent, und zwar ein ariaches, ist, obschon sich jeder davon überzeugt hatte, daß sie eben keine Stimme hat. Folgendermaßen sieht also die Kritik aus, wobei auch der Laie weiß, daß es bei Wag-

nerscher Musik für die beteiligten Solisten grade auf die Stärke ihrer Stimmbegabung ankommt:

»Rosalinde von Schirachs schlanker silberheller Sopran schien (wieso nur »schlen«? D. V.) zunächst inmitten mächtiger Organe jungfräulich scheu, im Piano für das große Haus überzart. Aber die Intelligenz der Auswertung nahm immer mehr gefangen und im zweiten Akt war nicht nur eine harmonische Anpassung erreicht, sondern die Künstlerin, als Erscheinung für die Elsa wie geschaffen, wuchs mit dramatischem Impuls weit über die übliche Verkörperung hinaus. Usw. Usw.«

Singen konnte sie also nicht, Aber sie ist wenigstens eine »Ercheinung« und hat »Impulse« ...

Uns scheint ja auch in diesem Falle die »Intelligenz der Auswertung« das Entscheidende überhaupt zu sein! Noch nie ist nämlich mit solcher Intelligenz ein ganzes Land so zur persönlichen Bereicherung ausgewertet worden, wie Deutschland durch Hitler und seinen Trödel »Jungfräulich scheu« freilich dürfte die Art, wie in Hitlerdeutschland der Begriff der Volksgemeinschaft gehandhabt wird, allerdings weniger zu sein ... H. E.

Deutsch abgesetzt

Wie andere ausländische Sender, so gab bisher auch der norwegische Reichsrundfunk

wöchentliche Unterrichtsstunden in deutscher Sprache. Das ist jetzt vorbei, künftig wird nur englisch und französisch belibhalten. In der Begründung heißt es, wegen Uebersättigung mit Fremdsprachen müsse eine vom Rundfunkprogramm abgesetzt werden. Daß gerade die deutsche Sprache weichen muß und gerade in der Urheimat der Teutonen, dies trifft die Nazipresse schmerzlich; betroffen stammelt sie:

»Bei der Einstellung gewisser norwegischer Kreise gegenüber Deutschland bedeutet dieser Beschluß für die mit den Verhältnissen in Norwegen Vertrauten keine Ueberraschung. Er liegt auf der Linie der Beschlüsse der roten Gemeinden Oslo und Bergens, die es seinerzeit ablehnten, der Nordischen Gesellschaft für das nordische Musikfest in Lübeck norwegische Fahnen zur Verfügung zu stellen.«

Gewisse norwegische Kreise? Wie in allen Ländern Haß und Abneigung aller Volksschichten gegen Hitlerdeutschland wachsen, so in ganz Skandinavien. Aber die braunen Schänder der deutschen Sprache dürfen ihren Lesern die Welt nicht zeigen wie sie ist, sonst gingen Millionen Blinder die Augen über. Deutsch — das ist heute, nach zwei Jahren Hitlerregime, für breite Volkskreise aller Länder etwas Verächtliches und Unmenschliches. Man mag es nicht mehr hören!

Die erschlagene Legende

Von Bruno Brandy.

Der Zusammenbruch war zum Greifen nahe. Im Ausland wurde die Mark nicht mehr angenommen, die Preise kletterten, die Sparkassen zahlten keine Guthaben aus, Wucher und Schleichhandel blühten trotz Gestapo und Pranger, die Schneider flüchten, denn Anzüge aus Wolstoff waren nur noch eine schöne Erinnerung an gute alte Zeiten, es gab keine Türklinken mehr, in den Fabriken meuterten die Arbeiter, Göring blieb immer in der Nähe seines Flugzeugs, indes sich der Klumpfuß einen falschen Bart zu-recht legte.

»Es ist aus«, murmelte Herr Hinterdecker und schritt die Friedrichstraße entlang. Sein Aeußeres verriet den deutschen Industriellen, wiewohl man ihm die ariache Großmutter nicht ohne weiteres ansah. Sein Spitzbart hing bekümmert auf der Krawatte — bekümmert, sage ich, denn Hinterdecker war Vorsitzender der Geheimliga für zugkräftige Hitlerlegenden. Er sah nach der Uhr und erschreckte nicht. In einer halben Stunde sollte die Sitzung zur Beratung einer presswertigen Hitlerlegende beginnen und kein Einfall wollte sich meiden. Was sollte daraus werden? Man hatte alles mitgemacht, Heil Hitler gebrüllt, hatte in der Nazipresse alles Bürgerliche beschimpfen lassen, hatte Männchen gemacht und Pfötchen gehoben — alles, um die Löhne zu drücken, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die Demokratie abzuwürgen — und nun diese Plette. Welche

Blamage für die besitzenden Schichten! Eine richtige Legende gehörte her, denn der arbeitenden Klasse muß der Glaube an die herrschenden Schichten erhalten werden. Es durfte nicht so kommen wie anno 1918, so unvorbereitet. Der Alleroberste verschwand und die oberen Zehntausende blieben bekleckert zurück, mußten ins Mausloch kriechen und konnten nichts weiter stammeln, als: »Wir haben's nicht gewollt! Wir sind belogen und betrogen worden!« Das zog diesmal nicht. Systematische Vorbereitung tat not. Deutschland heißt — — — (Nach Belieben auszufüllen!) Am einfachsten schien natürlich das Feldgeschrei: »Die Juden sind schuld! Er hat den Kampf gewagt, aber die jüdische Weltmacht erwies sich als stärker!« Doch die Walze war schon zu verbraucht! Zehn Sitzungen hatten das bereits erhärtet. In der Provinz arbeiteten die Unterausschüsse, sie ergaben dasselbe Resultat. Die geheime Gegenliga zur Zerstörung der Hitlerlegenden brauchte nur darauf zu verweisen, daß sie den braunen Rassismus immer als das Dämmste bekämpften. Etwas neues, originelles mußte her. Vielleicht: der Erbfeind... Der Führer zerriß den Versailler Vertrag, aber der Erbfeind verbündete sich mit dem Bolschewismus und da — — —

Herr Hinterdecker kam nicht weiter. Er hörte die Gegenliga: »Auch das haben wir voraus gesagt. Darum wollten wir den Versailler Vertrag durch Verständigung lösen! Also das zog auch nicht. Wie wär's mit dem Kehlkopf? Jedoch wenn einer was mit dem Kehlkopf hat, braucht er doch deswegen kein Dummkopf zu sein oder Deutschland zu ruinieren, nicht wahr?

Schwitzend zog Hinterdecker seine Bahn, bog in die Leipziger Straße ein. Binnen einer Viertelstunde sollte er die Klingel schwingen und wußte keinen repräsentativen Schwind! Er, der Vorsitzende! Aber vielleicht zerbrachen sich sämtliche Legenden-Ausschüsse durchaus überflüssigerweise den Kopf. Vielleicht wählte man den Krieg als Ausweg... Vielleicht, indessen die Plette kam auch dann. Die große, alles beschönigende Legende mußte in jedem Falle her.

Wie wär's mit dem Geheimrezept? Hitlers geheimes Rezept von Marxisten aus der Schublade gestohlen... Unsinn. — Er blieb stehen. Am Potsdamer Platz tobte wieder irgendeine Hetze. Gebrüll hallte über den Platz. Und da zündete ein Blitz in Hinterdeckers Hirn; hellgrünes Licht flammte in seinen wässrigen Augen. Natürlich, herrlich — da kam sie mit leuchtendem Schweif gezogen, die rettende große Legende. Einfach war sie wie alles Große. Binnen 10 Minuten würde er die Glocke ergreifen. »Meine Herren, dies ist unsere 11. Sitzung. Sie haben sich im Dienste der Zukunft redlich gequält. Wissen Sie, wie die große Parole lautet, die uns alle vor der Schande rettet — — —?

Der Wirbel am Potsdamer Platz hatte sich verstärkt. Man hörte Rufe: »Schlagt die Juden nieder...« Hinterdecker lächelte überirdisch. War ja alles Unsinn, alles verbraucht. Die Juden, du lieber Himmel, das Ausland existierte mit den Juden sehr gut. Längst lächerlich, diese braune Raaseverkalkung... Sie zerdroch ja buchstäblich jene feinere Legende, jeden visionären Schwind... Eine Rote brauste näher. Menschen flohen, stürzten, rafften sich auf; taumelten wei-

ter. Hinterdecker hob die leicht gebogene Nase, gestikuliert mit den Händen, sein Geist tobte voraus, ergriff die Glocke des Geheimklubs: »Meine Herren, die große Legende, die uns vor der Blamage bewahrt, hat sich auf mich niedergesenkt. Achtung, meine Herren: der Führer wollte — — —

Da entsank ihm die Glocke, die Ohren dröhnten. Ein Gummiknütel knallte ihm über die gebogene Nase, ein zweiter über den Kopf. Er stürzte zu Boden. Verbiesterte Roten rasten vorüber, trampelten über ihn hinweg.

Hier bricht die Geschichte raub ab und Hinterdeckers große Idee bleibt das Geheimnis eines Toten. Denn er erhob sich nicht wieder. Die einzige brauchbare überlebende große Hitler-Legende — sie blieb mit ihm auf dem Platze, zerdrochen und zertrampelt vom braunen Mob.

Alte Bekannte

Erinnerungen aus großer Zeit.

Wenn ein Krieg ausbräche — die deutsche Presse brauchte sich diesmal kaum umzustellen. Die altbekannten Olddrucks, die rühmlichen Bilder von Sterbenalust und Opferwonne, die damals alle Zeitungspalten beherrschten, haben sich schon jetzt wieder eingefunden. Wir geben hier eine kleine Auswahl aus der Presse des Dritten Reiches:

Gold gab ich für Eisen.

»Die Bezirksgruppe Düsseldorf des Reichsluftschutzbundes meldete dem Präsidium den nachstehenden Vorfall, der sich anläßlich einer Werbeweche der Bezirksgruppe zutrug: »In unserer Reviergruppe 14, Gerresheim, brachte ein altes Mütter-

macht, bis schwache Juden ihres Menschen-tums uneingedenk sind; ein Schauspiel von letzter Feinlichkeit.

Manch deutscher Jude kam auf den Hund.

Will noch die Koffer nicht packen;

Er spricht: »Zum Klagen ist kein Grund —

Sie spucken uns nicht direkt in den Mund.

Sie spucken jetzt bloß auf die Backen;

Da beugen wir nebbich den Nacken.

Dann ruft die Makkabäerschar:

»Hoch Hitlerleben! bis hundert Jahr!«

Zwar ist es nur ein winziger Schauten-schwarm, der kaum in Betracht kommt — aber noch dieser Anblick menschlicher Erniederung stammt von der größeren Niedrigkeit nazisch-ehrloser Urheber — Schufte sind es, die selbst Schulkinder demütigen. Abhub einer vom Krieg schwachen, zerrütteten Welt.

VI.

LÄßt sich solchem Gesindel mit Bilder-humor belommen? Doch. Warum nicht? Es kann nicht schaden. Jede Form ist mir heut recht. Sogar die hoffnungslos scheinende — sie braucht nicht hoffnungslos zu sein. Jeder Wille zum Festhalten fördert. Jede Wallung zum Widerstand. Jedes Lachen als Anklage. Jede Heiterkeit als Angriff. Alles wird willkommen sein — nur das Nichthandeln nicht. Man muß protestieren.

(Freilich: organisieren ist besser. Vergesse es nicht!)

VII.

Juden, Christen, Heiden . . .

Christen sind wegen ihrer Meinungen verfolgt; Juden wegen ihres Daseins. Es ist das Umfassendere. Das Härtere. Darum der Vortritt im Vorwort.

Daß wiederum der Vortritt sich ziemt für eine jüdisch-christliche Liebesreligion (gleichviel wie man zu »geoffenbarten« Religionen steht) — der Vortritt vor einem dumm-frühstufigen Wodansrummel; das ist kein fraglicher Punkt; kein Zwang zum Verweilen; kein Anlaß auch nur zum Erörtern.

Streiter aus jeder nur nicht unmenschlichen Gruppe sind gern gesehen. Soweit kam es heut.

VIII.

Lange vor der durch einen Brand erreichten Nazibedrückung schrieb ich über die Kunst folgenden Satz:

»Nachdem sie kein Mittel zum Kampf war: nachdem bleibt sie nur ein Mittel zum Troste.«

Es galt für schlechte Theaterstücke; für damals. Es muß nicht für Bekehrung durch den Zeichenstift gelten; für heut.

Hier sind aufkrazende, spottende, lustige Werte zur Gegenwirkung.

IX.

Also los.

Paris, Juli 1935.

Der Doldstoß

Wie die »Frankfurter Zeitung« mitteilt, soll das Musikkorps der Luftwaffe in Zukunft auch Saxophone erhalten.

»Negerrhythmen« mitten hinein in die reinraessige Harmonie. Wer erinnert sich noch, wie Frick einst als thüringischer Minister die Saxophone verboten hat?

chen seinen goldenen Trauring und bat, diesen doch anzunehmen und zu verkaufen. Für das erlöste Geld sollte Luftschutzschulungsmaterial angeschafft werden. Die alte Frau erklärte, sie sei zu alt, um selbst helfen zu können, und hoffe, durch die Hingabe ihres Trauringes dem Vaterland und damit auch dem Führer helfen zu können. Ein ruhrendes Beispiel uneigennütziger Opferbereitschaft für die Dienste des Luftschutzes!«

(»Die Sirenen«, Organ des Reichsluftschutzbundes.)

Sterbender Held.

... Zu gleicher Zeit im nächsten Krankenzimmer lag Ein anderer Held. Der Kiefer ihm zerschossen.

Ein Arm dahin, zerschellt das linke Bein. Dazu gequält von einem inneren Leiden. Auch er meint noch zu streiten. Oft lag er still, weltabgewandt. Bis wieder Leben kam in seine Züge. Er hob die Hand, schrie laut: »Herr Hauptmann, melde mich zur Stelle! Und eine überirdische Helle Zog über seine leiddurchfurchte Stirn.

(Die »Deutsche Kämpferin«.)

Soldatenmütter.

... Die mütterliche Oberschwester der Grün-Rittberg-Kinderklinik in Lichterfelde weiß von diesem Wandel — selbst wie in einer großen Verzauberung — zu berichten. Sonne liegt in ihren Augen, wenn sie erzählt. Junge Frauen unserer Tage sind von unsagbarer Tapferkeit, in ihnen ist der Wille zum Kinde hinreißend stark. Sie verlangen keinen Komfort, sie ertragen heldenhaft alle Schmerzen, sie haben keine persönlichen Anliegen, nur die Wünsche haben sie in scheuer, sorgender Liebe um das werdende: Blumen vor den Fenstern und Bilder deutscher Helden an den Wänden!

(Eine deutsche Korrespondenz.)

Was ist ein Bürger?

Erschlagene Begriffe, mißhandelte Worte

Es gehört zu den Methoden der braunen Erneuerer, Begriffe umzufälschen, Worten einen anderen Sinn unterzuschleiben und auf diese Weise die Sprachlandschaft derart zu vernebeln, daß eine Diskussion — etwa über das Einhalten nationalsozialistischer Versprechungen — in deutschen Kreisen nahezu unmöglich wird. Sozialismus? Sie haben ihn verwirklicht. Sie verstehen nur unter Sozialismus etwas anderes als die gesamte übrige Welt. Zusammenschluß der Arbeiterschaft? Sie haben ihn herbeigeführt. Auf ihre Weise — Zusammenschluß hinter Gittern. Bonzen-tum? Sie haben damit aufgeräumt, indem sie ihre eigenen Bonzen, die in noch nie dagewesener Weise korrumpiert sind, in »Volkführer« umtaufen. Immer mehr verkrüppelte Worte humpeln so auf Krücken durchs Reich, und wenn sie die deutschen Grenzen überschreiten, versteht niemand mehr ihre Sprache, richten sie Mißverständnis über Mißverständnis an.

Gegenwärtig ist gerade eine neue Begriffsverbiegung im Gange, die zur allgemeinen Verwirrung nicht unbeträchtlich beitragen dürfte. Wenn die Nationalsozialisten vor dem Umsturz von »Bürgern« sprachen, auf »Bürger« schimpften, so meinten sie

die Besitzbürger und »feinen Leute«, denen sie schärfsten Kampf ansagten. Inzwischen haben sich die Zeiten gewandelt, Industri-barone, Bank- und Börsenfürsten regieren mit den Nationalsozialisten gemeinsam das Deutsche Reich, von ihrer Enteignung darf nicht mehr gesprochen werden. Hat das Wort »Sozialismus« im Bereich der Hakenkreuzfahnen seinen Inhalt gewechselt, so muß auch mit dem Begriff »Bürger« irgend etwas geschehen, sonst ist die Fälschung nicht vollkommen, es entstehen Sprünge und Risse im Phrasengebäude, durch die sich leicht unangenehme Fragen einschleichen könnten. Deshalb ist man soeben dabei, ein neues Wort-opper darzubringen.

Der Begriff »Bürger« wird der ökonomischen Sphäre völlig entriekt. Ein paar Versammlungspredner gaben den Anstoß, die gehorsamen Zeitungen setzten die Verdrehung fort, und jetzt ist es fast schon gelungen: die Neuschöpfung hat Fuß gefaßt, was das verbogene Wort im alten Sinne gebraucht, wird mißverstanden, die Kritik, die er vielleicht zu üben gedenkt, wandelt sich ihm zwischen den Zähnen zu einem Lobgesang. Als »Bürger« wird nämlich in Deutschland seit einiger Zeit jeder bezeichnet, der am Kriegshandwerk, am

Schießen und Erschossenwerden nicht die nötige Freude hat. Man schlage deutsche Zeitungen auf: wenn die Kommandos der Sturmtruppführer durch den Morgen knallen, verkriecht sich der »Bürger« unter der Bettdecke, wenn Blut fließt, wendet sich der »Bürger« schauernd ab, wenn zehnjährige Hitlerjungen im Kleinkaliberschießen gedrillt werden, schlägt der »Bürger« entsetzt die Hände zusammen, wenn raube Männer raue und rohe Kriegswitze zu besten geben, geht es dem »Bürger« wider den Geschmack. Ja, in der Zeitschrift »Deutsches Volkstum« verkündete sogar unlängst ein Jagdaphorismus, der Bürger sterbe lieber im Bett als an einer Granate und »lasse deshalb den Bock lieber an der Rachenbremse verenden als an der Kugel des Jägers.« Da haben wir den neuen Begriff zum alten Wort in unverachleierter Reinheit. Es ist »bürgerlich«, d. h. es ist antirevolutionär und beinahe sittenlos, eines natürlichen Todes zu sterben, es ist verächtlich — und natürlich wiederum »bürgerlich« —, wenn jemand die Heiligkeit des Lebens kündigt und der Tier- wie der Menschenjagd abhold ist.

Und plötzlich taucht aus der Vergangenheit ein anderes Wort auf, ein Wort, das im kaiserlichen Deutschland so häufig war wie die Namen Müller und Schulze, ein Wort, das im Munde blaublütiger Monokelträger zur verachtungsvollen Beschimpfung wurde — das Wort Zivilist. Wie sagte jener Leutnant anno 1912 in der ersten Instruktionstunde zu den Rekruten? »Und dann, Kerls, Eh — vergesse nicht: als Zivilisten seid ihr in die Kaserne gekommen, als Menschen werdet ihr sie verlassen.« Ein Zivilist — das war ein Filzpantoffeln tragendes Stinktier, eine Laus, nicht wert, von den blankgeputzten Stiefeln der Einjährigen zertreten zu werden. Und nun sind sie im Dritten Reich wieder so weit! Der Zivilist ist zwar zum »Bürger« geworden, aber die beiden Begriffe decken sich haargenau, und die »Kluft«, die Militärkluft, die einst den Menschen vom Zivilisten trennte, unterscheidet jetzt die braunen oder feldgrauen Edelgewächse von den »Bürgern.«

Nun ist es genügend verbogen, verstümmelt und verdorben, das Wort »Bürger«, nun kann es in den nationalsozialistischen Sprach-schatz für den es in der alten Form unbrauchbar geworden war, wieder eingehen. Zwar wird es künftig sogenannte Bürger auch unter den Hungernden geben, unter den Arbeitern, unter den Arbeits- und Besitzlosen. Aber die eben zum Bewußtsein erwachende Jugend merkt vielleicht nicht den Widerspruch — so hoffen die nationalsozialistischen Wortedler — und die ihn merken, haben das Maul zu halten.

Ein neuer Wortkrüppel humpelt aus der deutschen Korrektionsanstalt in die Welt. Bald wird die wahre, unverbogene deutsche Sprache nur noch außerhalb der Reichsgrenzen bewahrt und verstanden werden.

Darf man lügen - soll man lügen?

Moralische Betrachtungen eines gleichgeschalteten Zeitungsschreibers

Es gab eine Zeit — sie scheint weit zurückzuliegen — da auch in Deutschland die Wahrheit höher geachtet wurde als die Lüge. Dann kam mit Hilfe des Reichstagsbrandes eine Clique an die Macht, unter deren Oberhoheit die Lüge zum Staatsprinzip erhoben wurde, und heute sucht jeder, der etwas werden möchte, die letzten schlichtern Hemmungen, den letzten Rest der Wahrheitssehnsucht in sich zu ertöten, um bei dem braunen Preisturnier nicht ins Hintertreffen zu geraten. Längst hat die Lüge, zunächst von Staats wegen benützt, um das Volk in die Irre zu führen, den politischen Boden verlassen und ist tief in alle Zweige des privaten Lebens eingedrungen. Man lügt, um einen Posten zu erschleichen, man lügt, um einen persönlichen Gegner zu Fall zu bringen, man lügt auf der Zeugenbank und am Schreibtisch, und — was die Hauptsache ist — man lügt mit viel reinerem Gewissen als früher.

Kein Wunder, daß die gleichgeschalteten Presseleute beim Kampf um die neuen Grundsätze an der Spitze marschieren, denn ihre Aufgabe ist es ja, aus der Lüge eine Kunst, aus der Tatsachenverdrehung eine Wissenschaft zu machen. So tauchen immer wieder in der deutschen Presse kleine Betrachtungen über den Wert und Unwert der Wahrheit auf. »Darf man lügen — soll man lügen?« fragt z. B. in verschiedenen Blättern

ein Schreiber mit dem schönen Künstlernamen Blubb. Und er antwortet sich selbst auf der Stelle:

»Eine dumme Frage: Was haben wir gegen das Lügen? Es ist einfach, bequem, praktisch und amüsan; es gibt Leute, die flunkern am laufenden Band, stundenlang... Lüge ist nichts Naturwidriges. Sie ist die Waffe des Schwachen. Lügen ist eine Wissenschaft für sich... Es gehört dazu in erster Linie Unverfrorenheit und Uebung. Man darf nicht stottern, rot werden oder weggucken. Man muß mit blitzenden Augen sein guldurchdachtes Sprüchlein sagen. Man könnte verwegene Bücher darüber schreiben. Man könnte einen Lehrstuhl dafür errichten: Morphologie, Philosophie und Ethik der Lüge. Man wird damit nichts ändern. Noch schöner wäre eine Statistik. Nach meiner oberflächlichen Schätzung ist etwa 43,7 Prozent von allem, was geschwätzt und geschrieben wird, Lüge. 56,3 Prozent sind Irrtum. Der Rest ist Wahrheit... Wahrheit ist niemals Entschuldigung. Man erlebt Fanatiker, die unter der Flagge der Wahrheit Gott und die Welt vor den Bauch stoßen. Sie halten sich für tugendhaft und mutig, und sind in Wahrheit ungezogen.«

Und damit darf sich Blubb beruhigen. Er ist kein Herr Ungefähr, dieser Blubb, er regiert mit seinesgleichen das Dritte Reich, und die »Ungezogenen«, die von der Wahrheit nicht lassen können, werden in Konzentrationslagern und Gefängnissen zuschanden gequält.

Großes Schlachtenfeuerwerk.

Mit einem Festakt in der Stadthalle mit lebenden Kolossalgemälden, die das kämpfende Deutschland von der Zeit der germanischen Heerbanne bis zu den Flandernschlachten verherrlichen, mit Riesenschlachten, die auf den Hauptplätzen der Stadt abgebrannt werden, und mit einem auf dem Höhenzug des Habichtswaldes aufleuchtenden zweiten Kolossalfeuerwerk »Flandernfront« finden die festlichen Veranstaltungen am Sonntagabend ihren Ausklang.

(Der »Westene, Berlin.)

Nun noch ein Teelöffel »immer feste druffe, eine Prise »Haut sie, daß die Fetzen fliegen«, ein Tropfen »Wir haben es nicht gewollt«, und es kann wieder losgehen. Hurra!

Niederländisches Dankgebet

I. Göbbels »Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei:

»4. März 1933... Der Führer redet mit letzter Glut und Hingabe. Als er am Ende davon spricht, daß der Reichspräsident und er sich die Hände gereicht hätten, der eine, der Ostpreußen als Feldmarschall vom Feinde befreite, während der andere unterdessen als einfacher Grenadier im Westen seine Pflicht tat, da liegt über der ganzen Versammlung eine feierliche Stille, Rührung und tiefe Ergriffenheit. Mächtig klingt in den Schlußakkord der Rede das Niederländische Dankgebet. Ueber den Rundfunk schwingt diese Hymne durch den Aether über ganz Deutschland.«

II.

Berlin, 8. August 1935. Der Präsident der Reichsmusikkammer hat in öffentlicher Er-

klärung das Niederländische Dankgebet in Verruf erklärt. Es hat einen nur halbarischen Textdichter, Joseph Weyl, Sohn eines Börsensensals.

»Und willst Du nicht mein Dichter sein...«

Aus dem »NS-Kurier:

»Ob Schiller heute ein Nationalsozialist wäre, wenn er lebte, ist eine müßige Frage! Als deutscher Dichter trüge er auch die Hakenkreuzfahne — sonst wäre er eben kein deutscher Dichter.«

Und — ergänzen wir — käme ins Konzentrationslager!

Wehrhaftes Evangelium

Aus der »NS-Rheinfront:

»Der Pfarrer sprach soldatisch knapp, kernig, wie einexerziert kamen die Worte. Da saß jedes Wort gleichsam an seiner Lücke. Der Geist, den der Marschschritt dieser Worte umhüllte, war Geist von unserem Geist — wirklich wahrhaftes Evangelium.«

Das muß ein Pfaffe gewesen sein, wie er selbst Hitler genehm ist. Schußfertig am Evangelium wie am Maschinengewehr!

Durhaus anders!

»In letzter Zeit konnte man wiederholt die merkwürdige Beobachtung machen, daß von unkontrollierbaren Elementen, die zuweilen auch Parteiuniformen trugen in öffentlichen Lokalen Kampflieder der Bewegung gesungen werden, bei denen man beim näheren Hinsehen einen durch-aus anderen als den aus der Kampfzeit stammenden Text hören konnte.«

(Aus der reichsdeutschen Presse.)

Reisebriefe . . .

Aus einem französischen Reisebrief in der norddeutschen Nazipresse:

»Wenn man nach Paris kommt und in die Cafés tritt, ist man einer Ohnmacht nahe... Gesichter, wie aus einem Verbrecheralbum... Und Juden, Juden, nichts als Juden... Kein Wunder, daß die Franzosen aus der Haut fahren...!«

Wir vermissen nur die Schlußfolgerung: Streicher muß eine Filiale in Paris gründen.

Schipper-Lied

Und lügen sie im Dritten Reich bis sich die Balken biegen. Und schalten sie den Teufel gleich, uns werden sie nicht kriegen.

Nur nicht geduckt, gekuscht, verzagt, nur auch ein Wort gewagt, gesagt. Heller die Nacht, näher der Tag, bis die Knechtschaft zerronnen.

Die Maden sitzen drin im Speck und halten frohe Reden.

Weil wir so stramm den braunen Dreck, im Gleich- und Stehschritt treten.

Nur noch Geduld, nur Zeit, nur Zeit, bald wird das Wort geweckt, befreit. Nach dieser Nacht, zeigt hell ein Tag alle Knechtschaft zerbrochen.

Es kommt für jede Wanz der Tag, kann sie kein Blut mehr saufen. Beim großen Räucher, Stöbertag, da wird was braun ist, laufen.

Dann wird geknickt, geknackt, gekehrt, dann wird das Dreckfaß ausgeleert. Was nie geschah, das wird gemacht — und die Freiheit gewonnen.

Neue Waffe der Luftabwehr

Ein Geheimnis — seine Enthüllung

Von Ing. Kurt Doberer.

Aus Highland, im nordamerikanischen Staate New Jersey, meldet United Press am 5. August dieses Jahres:

»Unter dem Schutze der Dunkelheit fand in der Nähe von New York ein Scheingefecht statt, in dem die »Geheimstrahlen«, eine neue Erfindung, über deren Einzelheiten in amerikanischen Marinekreisen strengstes Stillschweigen gewahrt wird, praktisch erprobt wurden. Einundfünfzig »feindliche« Schiffe hatten die Aufgabe, die Küste anzugreifen. Der Angriff wurde aber von einer einzigen Küstenbatterie, die durch Geheimstrahlen gerichtet wurde, so vollkommen abgeschlagen, daß achtundvierzig von den einundfünfzig angreifenden Schiffen kampfunfähig gemacht oder vollkommen zerstört wurden. Eines der drei übriggebliebenen Schiffe, das die Flucht ergriff, soll ebenfalls schwer getroffen worden sein.

In dem Bericht über das Ergebnis der Nachtübung, der vom Generalstab in Washington und der Heereschule ausgearbeitet wurde, wird festgestellt, daß die Geheimstrahlen, die eine der wichtigsten kriegstechnischen Erfindungen seit dem Weltkrieg seien, eine erhebliche Verbesserung der amerikanischen Küstenverteidigung darstellen. Artillerieschwerstände, die der Gefechtsübung beiwohnten, sind der Ansicht, daß die amerikanischen Küste nunmehr »fast unverwundbar sei.« Weitere Übungen, in denen die Wirksamkeit der Geheimstrahlen erprobt werden soll, sollen im Pazifischen Ozean abgehalten werden. Man hofft, daß sie denselben Erfolg haben werden.

Was war nun hier geschehen? »Unter dem Schutze der Dunkelheit« fand hier ein Gefecht statt, in dem die Geschütze »durch Geheimstrahlen gerichtet wurden«, was einen durchschlagenden Erfolg hatte. Wie ist dieser Erfolg, der bei Flugzeugen natürlich ebenso, wie bei Schiffen einsetzen wird, zu erklären?

Auch während des Weltkrieges wurde bei Nacht das Richten der Geschütze durch Strahlen ermöglicht. Es waren die Lichtstrahlen, die dazu in mächtigen Scheinwerfern verwendet wurden. Besonders Deutschland hatte solche Scheinwerfer von ganz ungeheurer Reichweite konstruiert. Einer von diesen, ein Goerz-Beck-Scheinwerfer, hatte einen Zweimeter-Spiegel und zwei Milliarden Kerzen Lichtstärke. Er hätte von einem Beobachter auf dem Monde als Stern sechster Größe festgestellt werden können. Seit dem Krieg sind natürlich in allen Staaten diese Geräte, die bei Nacht für Schiffe und Küstenbatterien im Seekampf, für Flugabwehrbatterien im Luftkampf, unbedingt nötig sind, in Kopplung mit den Richtapparaten der Geschütze immer mehr ausgebaut worden. So sind zum Beispiel neuerdings auf der deutschen Insel Sylt zur Abwehr eines Seeangriffes, Flugabwehrbatterien aufgestellt worden, die für den Nachtkampf mit überstarken Scheinwerfern gekoppelt sind. Ihre Lichtquelle ist so stark, daß man, wenn sie ihre Strahlen nach der dänischen Küste richten, dort in den Straßen der Stadt Højer Zeitung lesen kann.

Die gekoppelte Anordnung von Geschützen und Suchscheinwerfern ist heute auf das äußerste automatisiert und ausgebaut und trotzdem ist diese ganze Anordnung widersinnig, wie an ein paar kurzen Ueberlegungen sofort zu erkennen ist.

Es ist widersinnig, wenn von einer Küste, wenn aus einer Stadt, in der zur Tarnung gegen einen erwartenden Angriff feindlicher Streitkräfte auch die kleinste Lampe ausgelöscht ist, ein Kranz millionenkerziger Scheinwerferkegel in die Nacht strahlen soll, um die Angreifer zu suchen. Für Kriegsschiffe, die eine Küste angreifen, wirken die Scheinwerfer der Landbatterien wie Leuchttürme, die alle Landmanöver erleichtern. Gegen Flugzeuge ist diese Abwehrordnung noch unainiger.

Mit rasender Schnelligkeit nähern sich die feindlichen Bombengeschwader ihrem Ziel. Während einer wertvollen Zeitspanne dienen die vom Ziel, einer Stadt oder Festung aufsteigenden Richtscheinwerfer der Batterien zu nichts anderem, als zur Orientierung des Angreifers. Wohl kann man durch verlagerte Anordnung der Scheinwerferbatterien die Lage der Stadt in einem gewissen Umfange tarnen. Aber jeder dieser Tarnungsversuche verstößt zugleich gegen das theoretische Idealprinzip, die Gruppen der Suchscheinwerfer geometrisch um Umfang des gefährdeten Sektors anzuordnen.

Die Amerikaner sagten sich nun, wir könnten unsere Batterien vollständig tarnen, wenn wir für die Strahlenbündel der Scheinwerfer ein dem Angreifer unsichtbares Licht, also statt der Lichtstrahlen, Geheimstrahlen verwenden könnten.

Ein solches, für das menschliche Auge unsichtbares Licht, gibt es im oberen Teil des

rot-gelb-grün-blauen Lichtwellenbandes, im Ultraviolett. Ebenso ist aber das Infrarot, unter dem unteren Teil des sichtbaren Lichtbandes, für das menschliche Auge nicht mehr erkennbar.

Wollte man mit diesen Strahlen arbeiten, so müßte an Stelle des menschlichen Auges, ein künstliches, mechanisches treten, das in der Lage ist, das unsichtbare Licht zu registrieren. Durch einen elektrischen oder chemischen Effekt müssen dann die von diesem künstlichen Auge aufgefangenen unsichtbaren Strahlen wieder in sichtbares Licht verwandelt werden.

Ein künstliches Auge, das zwei unsichtbare Strahlengruppen, Ultraviolett und Infrarot, registrieren kann, ist die photographische Kamera. Die auf die Photoplatte gezeichneten Bilder können zwar schon in Sekunden entwickelt werden, aber nicht, wie es hier notwendig wäre, in Bruchteilen von Sekunden.

Es war also notwendig, einen anderen Weg zu gehen. Da die Wissenschaft die Wirkungen des Infrarotlichtes erst später kennen lernte, ist es verständlich, daß auch die ersten praktischen Versuche mit unsichtbaren Strahlen in der Kriegstechnik unter Verwendung des Ultraviolett gemacht wurden.

Während des Weltkrieges durften die den atlantischen Ozean überquerenden amerikanischen Transportschiffe natürlich keine Positionslichter zeigen. Um aber trotzdem einen ganzen Konvoi richtig hintereinander in Kieflinie zu halten, verwendete man zum ersten Male unsichtbares Licht, die »Geheimstrahlen«.

Am Heck der Schiffe, war eine Bogenlampe montiert. Deren sichtbares Lichtband wurde durch einen Spezialfilter abgeblendet, so daß sie nur die unsichtbaren ultravioletten Strahlen aussenden konnte. Auf den Kommandobrücken der Schiffe stand ein Schirm, der mit Bariumplatincyanür bestrichen war. Dieser Schirm, ein sogenanntes Fluoroskop, wie es auch bei Röntgenaufnahmen verwendet wird, war das künstliche Auge für den Wachtmeister. Es leuchtete so lange in grünlichem Lichte auf, so lange ihn die unsichtbaren Strahlen der Bogenlampe vom Heck des vorausfahrenden Schiffes trafen. Das war aber nur der Fall, wenn man sich noch genau im Kieflinien dieses Schiffes befand.

Es hat sich gezeigt, daß diese Methode jedoch für Suchscheinwerfer nicht zu verwenden ist. Da ultraviolette Strahlen infolge ihrer Durchdringungsfähigkeit schlecht reflektieren, wären sie durch ein Fluoroskop leicht vom angreifenden Flugzeug oder

Schiff, das sie ja direkt treffen, aber schlecht vom Beobachter am Scheinwerfer, der auf die Reflektion angewiesen ist, zu erkennen.

Man hat deshalb diese Versuche aufgegeben und dafür solche mit Infrarotstrahlen unternommen. Diese Experimente brachten einen vollen Erfolg.

Als Lichtquelle der Scheinwerfer dienen Bogenlampen mit Spezialkohlen, die besonders viel dunkelrotes Licht und damit auch Licht mit noch längeren Wellenlängen, also infrarotes Licht, geben. Mit einem schwarzen Glasfilter wird dann alles sichtbare Licht aus dem Scheinwerferstrahl genommen. Nur wenn man direkt in den Strahlenkegel hineinblickt, hat man, obwohl das Auge nicht den kleinsten Lichtschimmer wahrnimmt, das prickelnde Gefühl, das man immer vor einer starken Lichtquelle empfindet. Als künstliches Auge für den Beobachter dient hier eine Anordnung von Michelsonschen Seien-Tellur-Zellen, die über den elektrischen Strom die Infrarotstrahlen wieder in sichtbares Licht verwandeln.

Die amerikanische Armee hat seit längerer Zeit diese Versuche ganz geheim im Laboratorium des Signalkorps von Fort Monmouth im Staate New Jersey unternommen. Weil uns aus den Erfolgen der Infrarotphotographie bekannt ist, wie diese unsichtbaren Strahlen die Möglichkeit haben, mühelos durch weite Wolkenschichten und Nebelwände zu dringen, verstehen wir die sensationellen Ergebnisse des anfangs geschilderten amerikanischen Großversuchs.

Infrarot-Scheinwerfer sind also auch insofern den normalen Scheinwerfern überlegen, als sie Nebelwände mit sechzehnmal größerer Leichtigkeit zu durchdringen vermögen. Man kann ermessen, was das für das englische Inselreich mit seinen sprichwörtlichen Londoner Nebeln bedeutet. Es ist deshalb verständlich, daß auch Großbritannien, unter Assistenz seines Fernspezialisten John L. Baird, der dieses Gerät Noctovisor, Nachtscher, benannt hat, das Infrarot-Verfahren in fiebrhafter Eile und möglicher Geheimhaltung auszubauen sucht.

Man wird nun hier die Frage stellen, ob dieses System nicht auch anderen Heeresleitungen bekannt ist. Für Deutschland ist dies unbedingt zu bejahen. Ihm sind die englischen Arbeiten bereits seit dem Jahre 1929 bekannt. Bei dem Tempo der deutschen Ausrüstung und der Sorgfalt, die dabei der Luftwaffe zugewendet wird, wäre es allzu harmlos, anzunehmen, daß Deutschland etwa nicht versuchen wird, mit diesem erfolgreichen System der »Geheimstrahlen« zu arbeiten.

Ein Treuhänder deckt

Die Deutsche Arbeitsfront prunkt gern mit den hohen Millionen ziffern ihrer Mitglieder. Sie betont dabei meist ausdrücklich, daß es sich dabei um eine freiwillige Mitgliedschaft handle. Der Eingeweihte weiß freilich schon seit mehr als zwei Jahren, daß diese »Freiwilligkeit« unter dem harten Druck von Drohungen der verschiedensten Art steht. Diese Tatsache wurde unlängst durch eine Rede erhärtet, die der Treuhänder der Arbeit für Sachsen gehalten hat. Er sagte darin unter anderem, die Deutsche Arbeitsfront könne es künftig nicht mehr dulden, daß in den Betrieben noch Menschen tätig sind, die nicht zur Deutschen Arbeitsfront gehören.

Weil nun aber diese eindeutige Drohung mit der Maßregelung das Märchen von der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft allzu gründlich zerstört, hat er sie in der letzten Nummer seiner amtlichen Mitteilungen kommentiert. Der Treuhänder behauptet, daß die Arbeitsfront

»die gesetzlich und auch von der überwältigenden Mehrheit der Volksgemeinschaft allein anerkannte Organisation aller schaffenden Volksgenossen ist. Das Hinfinden zu dieser großen Gemeinschaft wird daher von allen gut gesinnten und staatspolitisch wertvollen Volksgenossen als eine sittliche Pflicht empfunden. Wer aufnahmefähig und sonst würdig ist, dieser Gemeinschaft anzugehören, wird nicht abselbst stehen. Die Deutsche Arbeitsfront kann daher jetzt und in Zukunft gern darauf verzichten, irgendwelchen Beitrittszwang auszuüben... Die im Willen einige Gemeinschaft aber darf und wird nicht dulden, daß der gemeinsame Aufbauwille durch unverbesserliche Querulanten gestört werde.«

Und nun erfährt man, daß es im Bereiche des Treuhänders eine ganze Menge von Be-

triebsstreitigkeiten und »Störungen des Arbeitsfriedens« gibt. Da aber der Marxismus, der früher keinen »Arbeitsfrieden« aufkommen ließ, vernichtet ist — wenigstens haben die Nationalsozialisten das immer wieder verkündet — so sind jetzt die »unverbesserlichen Querulanten« die Störer des Arbeitsfriedens. Der Treuhänder hat die Entdeckung gemacht, daß die Betriebsstreitigkeiten

»in der großen Mehrzahl verursacht waren durch konfessionelle Fanatiker, Sektierer, ernste Bibelforscher, Vereinsmeister, besserwissende Eigenbrötler, unbeherrschbare Sozialreformer und vom Ständedünkel Besessene. Die staatspolitisch interessante Entdeckung dabei war: in neunzig von hundert Fällen waren die Streitbeschwörer Nichtmitglieder der Arbeitsfront.«

Wenn es sich bei den »konfessionellen Fanatikern, Vereinsmeistern, besserwissenden Eigenbröttern und unbeherrschbaren Sozialreformern« nur um Einzelscheinungen handelte, würde der Treuhänder für Sachsen wohl kaum einen so geharnischten Artikel mit recht eindeutigen Drohungen gegen sie schreiben. Denn er kündigt ihnen an, daß sie »in Zukunft ohne Schonung aus den Betrieben entfernt würden. Er sei entschlossen, mit der gebotenen und gesetzlich möglichen Strenge zu handeln.« Daraus muß man schließen, daß die Verursacher der Störung des Arbeitsfriedens bei den Betriebsbelegschaften zumindestens eine starke Resonanz finden. Bei der weitverbreiteten sozialen Unzufriedenheit kann das auch gar nicht anders sein.

Diese Ursache aber ist weder zu beseitigen durch den »freiwilligen« Beitrittszwang zur Deutschen Arbeitsfront, noch durch die Entfernung der aufrührerischen Elemente. Auch das werden die Nationalsozialisten noch erfahren.

Die Entmachtung der DAF

Daß seit der im Frühjahr 1935 in Leipzig verkündeten Angliederung der Unternehmerverbände an die Deutsche Arbeitsfront — man nennt sie die Leipziger Vereinbarung Dr. Ley, Dr. Schacht, Dr. Seidte — die Unternehmer tatsächlich die Leitung in den Händen haben, das wird jetzt durch eine Bekanntmachung bestätigt, nach der der Verkehrsminister das Verkehrsgewerbe an der Seite der gewerblichen Wirtschaft der Arbeitsfront angeschlossen hat. Es wird darin festgelegt, daß die Geschäftsstelle der Reichswirtschaftskammer als Wirtschaftsamt der Arbeitsfront für den Bereich der Verkehrswirtschaft — nicht der Arbeitsfront — sondern dem Reichsverkehrsminister unterstellt ist.

Das heißt, daß alle Fragen, die die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Verkehrswirtschaft betreffen, der Arbeitsfront ausdrücklich entzogen werden und daß über sie nur der Reichsverkehrsminister zu entscheiden hat.

Die völlige Entmachtung der Deutschen Arbeitsfront wird damit noch einmal ausdrücklich klargestellt.

Geschäftsmethoden der Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten verstehen sich darauf, Geld zu machen. Sie sind darin erfinderisch, wie z. B. der Erlaß der Deutschen Arbeitsfront beweist, der den 21 Millionen Mitgliedern vorschreibt, ein neues Mitgliedsbuch zum Preise von 50 Pfennig anzuschaffen. Die Durchschnittsbestellungskosten für ein solches Mitgliedsbuch betragen bei der Riesenaufgabe 5 Pfennig, und es verbleiben somit 45 Pfennig pro Mitgliedsbuch gleich 9,450.000 Mark für die Kasse der DAF. Ähnlich liegt die Sache, die die DAF mit der Arbeitsfront-Mütze inszenierte. Die Reichszeugmeisterei gab eine Arbeitsfrontmütze heraus, die die kleinen Händler in der Hoffnung auf Massenvertrieb abnahmen. Die Fabrikanten mußten der Reichszeugmeisterei 10 Prozent, die Detaillisten 20 Prozent abgeben. Die Arbeitsfrontmützen liegen aber nun in den Geschäften herum, da fast keiner sich die Mütze kauft. Die Reichszeugmeisterei hat aber einen Millionenverdienst eingesteckt.

Ahnenstolz nach Metern

Eine deutsche Pressemeldung lautet: Karlsruhe, 27. Juli. Der 18. August wird für die Gemeinde Pflaumheim bei Aschaffenburg zu einem Ereignis, das in der Geschichte der deutschen Familienforschung vereinzelt dastehen dürfte. Schätzungsweise ein halbes Tausend Träger des Namens Zahn werden sich in der kleinen unterfränkischen Gemeinde zu einem Familientag zusammenfinden. Es ist gelungen, eine Sippenafel der aus Pflaumheim stammenden Träger dieses Namens zusammenzustellen, die eine Länge von nicht weniger als 28 Meter hat. 28 Meter Blut und Boden! Was sind daneben die Werke eines Goethe, die Gedanken eines Kant, die Schöpfungen eines Beethoven?

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien £ 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.995. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.